Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben! „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 17. | Berlin, 22. April 1932. | 13. Jahrg.

Bundestagung in Berlin

am 27. und 28. Mai 1932.

Das Gesamtpräsidium des Deutschen Ostbundes hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die satzungsmäßige Jahresversammlung des Deutschen Ostbundes Freitag den 27. und Sonnabend den 28. Mai in Berlin abzuhalten. Nötigenfalls können die Verhandlungen am Sonntag fortgesetzt werden.

Für Freitag ist eine Sitzung des Hauptvorstandes vorgesehen, die vormittags 10 Uhr im Sitzungssaale des Volksdeutschen Klubs, Motzstraße 22, beginnt und eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hat, so daß sie bis zum Abend dauern kann.

Am Sonnabend findet um 10 Uhr im gleichen Saale die geschlossene Vertreter-Versammlung statt, zu der nur die Mitglieder des Präsidiums, des Hauptvorstandes und die von den Landesverbänden gewählten Vertreter Zutritt haben. Die Tagesordnung wird in der nächsten Nummer veröffentlicht und den Landesverbänden durch Rundschreiben vorher bekanntgegeben.

Eine vorläufige Mitteilung über die Abhaltung der Bundestagung an den genannten Tagen ist den Landesverbänden bereits durch Rundschreiben vom 15. April d. J. zugegangen.

Dmowski und Pilsudski.

In Roman Dmowski und Josef Pilsudski sind zwei politische Grundauffassungen vom Wesen des polnischen Staates und von den Notwendigkeiten seiner territorialen Entfaltung verkörpert. Bis heute sind diese beiden Politiker die persönlichen Feinde geblieben, als die sie sich vor nun fast 30 Jahren in Tokio zum erstenmal begegneten, als der eine während des russissich-japanischen Krieges die Japaner für die Unterstützung eines Aufstandes in Russisch-Polen zu gewinnen versuchte, und der andere diesen Plan durchkreuzte. Betrachtet man die territorialen Programme, um deren Verwirklichung die beiden vor 1918 gekämpft haben, dann versteht man, warum es zwischen ihnen keine friedliche Zusammenarbeit geben konnte. Das Polen, das Dmowski wollte, war von dem Staat, den Pilsudski zu schaffen plante, durchaus verschieden. Der eine wollte mit russischer Hilfe den deutschen Osten zerschlagen und dafür die „historischen Ostmarken“ des altpolnischen Reiches preisgeben. Pilsudski wollte mit habsburgischer Hilfe die russische Herrschaft hinter die Düna- und Dnjepr-Linie zurückdrängen und dafür auf Gebietserwerbungen in den preußischen Ostmarken verzichten. In dem 1908 erschienenen Buche Dmowskis „Deutschland, Rußland und die polnische Frage“ findet sich eine Karte, auf der die Grenzen des polnischen Staates, wie Dmowski ihn zu verwirklichen wünschte, dargestellt sind. Auf dieser Karte läuft die Grenze Polens etwa von Suwalki, westlich an Grodno vorbei, über Brest-Litowsk und Cholm nach Przemysl am San; dann folgt sie der alten ungarischen Grenze, umschließt das Teschener Gebiet und Schlesien bis nahe Breslau heran, um im Posenschen und Westpreußischen etwa dem heutigen Grenzzuge zu folgen und schließlich das südliche Ostpreußen vom Deutschen Reiche zu trennen. Pilsudski dagegen wollte die Ukraine, Litauen und Weißrußland in den polnischen Staat einbeziehen und mußte, wie er später einmal gesagt hat, „die Brüder in den ehemals deutschen Gebieten von vornherein aus seiner Rechnung ausstreichen“; und „vor der oberschlesischen Grenze machten sogar seine kühnsten Pläne halt wie vor einer undurchdringlichen Mauer“. Wenn man die Karten des polnischen Staates, wie Dmowski und Pilsudski ihn sich vor 1918 vorgestellt hatten, miteinander vergleicht, dann sieht man, daß das Gebiet, das beide Politiker für ihren Staat verlangten, nur ein reichliches Drittel des heutigen polnischen Staatsgebietes ausmacht. Zwischen Politikern, die so grundsätzlich voneinander abweichende Territorialprogramme verfolgten, konnte es keine Zusammenarbeit und keinen Frieden geben. Nur einmal schien es so, als ob sich die beiden Männer zu gemeinsamem Vorgehen zusammenschließen wollten. Das war in den Tagen des deutschen Zusammenbruchs, als Paderewski über Posen nach Warschau kam, um das Amt des Staatspräsidenten zu übernehmen, und als nach dem Zerfall der Teilungsmächte die staatspolitischen Ideen beider Männer vor ihrer Verwirklichung standen. Paderewski hat seine Aufgabe, die Gegner zu versöhnen, damals ebensowenig erfüllt, wie im vorigen Jahre, als er zur Enthüllung des Wilsondenkmals nach Posen kommen sollte.

Denn die Gegensätze wurzeln zu tief, um durch eine versöhnende Geste ausgelöscht werden zu können. Nicht nur in ihren Gebietsforderungen, sondern ebensosehr in ihrer Vorstellung vom Wesen des Staates stehen die beiden Männer einander fremd und feindlich gegenüber. Dmowski sieht seine Aufgabe darin, aus Polen einen zentralistischen Nationalstaat zu machen, der in seinen Grenzen keine Fremdvölker duldet. Er will den nationalen Einheitsstaat, den er in der Fremdvölkerzone der „historischen Ostmarken“ Polens nicht verwirklichen kann, während er andererseits der Auffassung ist, daß das Land östlich der Oder altpolnischer Volksboden ist, der von den „deutschen Eroberern“ erlöst, von den germanisierten Elementen befreit werden muß. Dagegen ist der Staat Pilsudskis — der Idee nach, nicht in der politischen Praxis der Gegenwart — föderativ, insofern sein Schwergewicht auf dem Boden der „historischen Ostmarken“ liegen soll, auf dem das polnische Volkstum eine so schwache

Minderheit bildet, daß die Vertreibung oder Polonisierung der dortigen Fremdvölker seine staatlichen und nationalen Kräfte weit übersteigt. Weiter: Dmowski will aus Polen ein demokratisches, ein den westlichen Vorbildern nachgeahmtes Staatswesen machen; er wurzelt mit seinem politischen Denken in der französischen Revolution; seine Ideologie ist eine Fortsetzung der revolutonären Bewegungen des 19. Jahrhunderts; seine Anhängerschaft rekrutiert sich aus dem politisierenden Klerus, dem bürgerlichen Mittelstand und der im westlichen Geiste erzogenen Intelligenz. Ganz anders Pilsudski: Seine Politik wurzelt in den Traditionen des altpolnischen Reiches, in den Überlieferungen der selbstherrlichen Schlachta; seine Gefolgschaft stammt — abgesehen von der Schwerindustrie und dem Großgrundbesitz, die sich nach 1926 dem Regierungslager genähert haben — aus den Kreisen, die sich mit den abenteuernden Revolutionären verbunden fühlen, die als Angehörige der „Ersten Brigade" in den Augusttagen 1914 die russische Grenze überschritten, um Polen von der zaristischen Fremdherrschaft zu befreien. Um die Oberstengruppe sammelt sich alles, was nicht demokratisch und nicht sozialistisch ist, alles, was sich berufen fühlt, im neuen Polen eine neue Schlachta zu bilden, die über den Staat nach eigenem Gutdünken herrscht. Vielleicht wird die Verschiedenartigkeit der beiden Männer und der von ihnen verkörperten Staatsgedanken durch nichts besser erläutert als durch eine Gegenüberstellung ihrer Kampfmethoden: In der Zeit, in der Dmowski in die russische Duma einzieht, beginnt Pilsudski in Galizien die ersten Anfänge einer polnischen Wehrmacht zu schaffen. Er kämpft um seinen Staat mit den Waffen und wird, obwohl er nie in einem aktiven Heere gedient hat, der erste Marschall Polens. Dmowskis Waffe ist die Diplomatie oder vielmehr die Intrige, die er mit geringem Erfolg in Petersburg aber mit vollendeter Meisterschaft in den geistesverwandten Hauptstädten der Westmächte spinnt.

Es handelt sich bei dieser Verschiedenartigkeit der polnischen Staatsauffassungen nicht um einen bloßen parteipolitischen Zwiespalt, wie er auch zwischen den Parteien anderer Länder besteht, sondern es handelt sich um eine verschiedenartige Beantwortung einer ganz grundsätzlichen Frage, wie sie in dieser Art und dieser Schärfe wohl in keinem anderen Land gestellt wird, um die Beantwortung der Frage nämlich: Wo liegt eigentlich Polen? Denn das polnische Volk war sich noch vor 15 Jahren nicht einig darüber und ist sich zum Teil auch heute noch nicht völlig klar darüber, ob seine „natürlichen Grenzen" am Bug oder am Dnjepr, am Südhang des baltischen Höhenzuges oder an der Küste des Samlandes, bei Bentschen oder an der Oder liegen. Die Verschiedenheit der Staatsauffassungen gewinnt dadurch an Gewicht, daß die Herrschaftsgebiete der Parteien, die die Träger dieser verschiedenen Auffassungen sind, geographisch ziemlich deutlich gegeneinander abgegrenzt sind. Während nämlich die Hochburgen der Nationaldemokratischen Partei die ehemals preußischen Gebietsteile sind, liegt das Schwergewicht des Pilsudskiblockes im ehemals russischen Polen; und umgekehrt: während die nationaldemokratische Parteiorganisation in Mittel- und Ostpolen nur schwach ausgebaut ist, haben andererseits die Pilsudskianhänger in den „Westgebieten" nur schwer Fuß fassen können. So wird der in den Parteien zum Ausdruck kommende Gegensatz der staatspolitischen Gesinnungen zu einem Gegensatz zwischen den verschiedenen historischen Gebietsteilen des Staates; so stellt sich die ehemalige deutsch-russische Grenze als eine Scheidewand dar, die das Gefüge des polnischen Staates weit deutlicher in einander wesensfremde Abschnitte zerlegt, als etwa die Elbe- oder die Mainlinie die Geschlossenheit des Deutschen Reiches auflockern kann.

Es ist nützlich, sich bei allem, was in Polen geschieht, an diesen Tatbestand zu erinnern. Es wäre aber verfehlt, hieraus auf eine Bereitschaft gewisser polnischer Kreise zu einer Verständigung mit Deutschland zu schließen und etwa solchen Gerüchten besonderen Wert beizumessen, wie sie vor längerer Zeit einmal in der englischen Presse auftauchten, denen zufolge Pilsudski bereit gewesen sein soll, sich die deutsche Rückendeckung bei der Verfolgung seiner antirussischen Pläne durch bestimmte Zugeständnisse an den polnischen Westgrenzen zu sichern. So feindlich sich die Vertreter des west- und ostpolitischen Gedankens in Polen gegenüberstehen, so einig sind sie in ihrer Politik gegenüber Deutschland. Die nationaldemokratische Politik ist mit den polnischen Ostgebieten, mit dem „östlichen Ballast", wie diese von Pilsudski eroberten Provinzen von Dmowski einmal genannt wurden, belastet; und über den Ostplänen des Marschalls schwebt die von den Nationaldemokraten durch den Raub der preußischen Provinzen heraufbeschworene „deutsche Gefahr". Darüber besteht kein Zweifel, daß die ostpolitische Tendenz Pilsudskis völlig im Schatten der antideutschen Tendenz seines Gegners Dmowski steht. Der Marschall herrscht zwar mit nahezu unbeschränkter Gewalt über Polen; aber so stark ist er nicht, daß er sich über den Glaubenssatz seiner nationaldemokratischen Feinde hinwegsetzen könnte, daß der Kampf gegen Deutschland eine unerläßliche Voraussetzung für den Bestand und die Sicherheit des polnischen Staates darstellt. Es ist möglich, daß es ihm einmal gelingt, die Nationaldemokraten für einen Kampf gegen Rußland zu gewinnen, in dem die ukrainischen und weißrussischen Gebiete der Siegespreis sind; aber erst dann kann ihm das gelingen, wenn er die Nationaldemokraten davon überzeugt hat, daß von Deutschland her keine Gefahr mehr besteht, d. h. erst dann, wenn das nationaldemokratische Territorialprogramm in seinem vollen Umfang durchgeführt ist, wenn also Ostpreußen mit Polen vereinigt ist und die polnische Westgrenze die Oder erreicht hat. Da in Polen gegen die nationaldemokratische These keine Außenpolitik betrieben werden kann, muß der Marschall, wenn er Kiew nehmen will, den Umweg — über Königsberg machen. So kommt es, daß der Kreis um Pilsudski, der im Grunde eine aktive polnische Ostpolitik will, zum Vollstrecker der nach Westen gerichteten nationaldemokratischen Expansionspläne wird; so kommt es, daß es nicht nur Nationaldemokraten, sondern auch Pilsudskianhänger sind, die in Gdingen die Zwingburg gegen Danzig aufbauen und zu einer gemeinsamen Aktion gegen Ostpreußen rüsten. Bei aller Verschiedenheit ihrer politischen Ansichten sind sich die beiden Gegner also einig darin, daß Deutschland bis zur völligen Handlungsunfähigkeit gegenüber Polen geschwächt werden muß. Der Kampf gegen Deutschland ist es, der die tiefe Kluft, die durch das politische Leben des polnischen Volkes geht, überbrückt. Der Kampf gegen Deutschland einigt Polen.

Dr. K.

Autonomisten und Unversöhnliche in der Westukraine.

Nicht erst seit der „Befriedungsaktion" von 1930 steht die ukrainische Bevölkerung Südostpolens dem Polentum mit einem unversöhnlichen, erbitterten Haß gegenüber. Die polnischen Prügelkommandos, die damals monatelang die ukrainischen Dörfer heimsuchten und mit ihren unmenschlichen Grausamkeiten den Abscheu der zivilisierten Welt (nur nicht das Mißfallen des Völkerbundes) erregten, haben die schwachen Ansätze zu einer Verständigung mit Polen, die sich vielleicht hier und da gezeigt haben mögen, wieder vollkommen erstickt. Wenn es wirklich so gewesen wäre, wie es die polnische Propaganda hinzustellen pflegt, daß die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung das Produkt einiger weniger Angehöriger der ukrainischen Gebildetenschicht sei — wenn es wirklich so gewesen wäre, dann ist das seit der „Befriedungsaktion" von Grund auf anders geworden. Der ukrainische Bauer, der von den polnischen Prügelhelden halbtot gepeitscht worden ist, wird dem polnischen Staat mit keinem anderen Gefühl mehr gegenüberstehen können als dem eines instinktiven Hasses und eines tiefen Mißtrauens gegen alles, was von Polen ausgeht. Es scheint undenkbar, daß es in absehbarer Zeit zu einer irgendwie gearteten Verständigung zwischen den unterdrückten Ukrainern und den polnischen Gewaltherren kommt; und es scheint sicher, daß die Masse des ukrainischen Bauerntums den Führern die Gefolgschaft aufsagen wird, die sich auf einen „Ausgleich" mit den Polen einzulassen bereit sind. Um so erstaunlicher ist es, daß auf dem zu Ostern in Lemberg abgehaltenen Parteitag der größten ukrainischen Partei Ostgaliziens, der Ukrainischen Nationaldemokratischen Vereinigung (Undo), von der Mehrheit ein Entschließungsantrag eingebracht wurde, in dem die Autonomie der ukrainischen Gebietsteile im Rahmen des polnischen Staates als nächstes Ziel gefordert wurde. Um zu verstehen, was das bedeutet, muß man bedenken, daß die Undo bisher unverbrüchlich an dem Ziel der staatlichen Unabhängigkeit des ukrainischen Siedlungsgebietes festgehalten und die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen mit unbedingter Konsequenz als unerträglich abgelehnt hat. Nun sollte nach dem Entschließungsantrag, der auch von dem alten Parteivorsitzenden, Lewickyj, befürwortet wurde, der Parteitag als nächstliegendes praktisches Ziel eine neue politische Verfassung „für das ukrainische Volksgebiet in den Grenzen des polnischen Staates" fordern; allerdings sollte die Aufstellung dieses „nächstliegenden" Zieles nur unter dem ausdrücklichen und feierlichen Vorbehalt des Parteitages erfolgen, daß die Undo an ihren bisherigen programmatischen Unabhängigkeitsbestrebungen nach wie vor festhalte, daß also die neue Autonomieforderung nicht etwa ein Ablassen von der bisherigen Forderung der staatlichen Selbstbestimmung, sondern lediglich eine taktische Neuerung in der Politik der Partei darstelle.

An sich ist der Autonomiegedanke, wie er dem Lewickyjschen Antrage zugrunde lag, nicht neu. Denn die Ententemächte haben, als sie im Jahre 1923 durch Beschluß des Botschafterrates die polnischen Ostgrenzen und damit auch die polnische Souveränität über Ostgalizien anerkannten, dem polnischen Staate die Verpflichtung auferlegt, ein autonomes Regime in Ostgalizien einzuführen. Die Autonomie wurde damals also ohne Zutun der Ukrainer, ja, gegen ihren Willen, als Rechtstatsache geschaffen. Es bedeute keine Preisgabe des weitergehenden Zieles staatlicher Selbständigkeit, so argumentierten nun die Antragsteller auf dem Parteitag der Undo, wenn man sich auf die nun einmal gegebene Rechtsgrundlage stelle, um von ihr aus das Mögliche, Nächstliegende, das vielleicht ein Schritt zur Endlösung sein könne, zu erreichen, d. h. wenn man die Autonomie fordere, um über sie zur staatlichen Selbständigkeit zu gelangen. In diesem Sinne wurde in dem Antrage eine Aktion bei den Großmächten verlangt, um die Erfüllung der bis jetzt auf dem Papier gebliebenen Autonomieverpflichtungen Polens zu

erzwingen. Dabei sollte die Entscheidung der Botschafterkonferenz von 1923 dahin erweitert werden, daß die Autonomie 1. territorial nicht auf Ostgalizien beschränkt, sondern auch auf die anderen ukrainischen Gebietsteile Polens ausgedehnt werden sollte, und daß die Autonomie 2. inhaltlich den Bestimmungen des Statuts entsprechen sollte, das der Oberste Rat der Friedenskonferenz 1919 für Ostgalizien vorgeschlagen hatte: eine selbständige Gebietsverwaltung mit eigenem Landtag und eigenem Landespräsidenten, also keine Provinzialautonomie, wie sie für Ostoberschlesien (auf dem Papier) besteht, sondern eine Selbstverwaltung, wie sie etwa für das Memelland im Jahre 1923 (auf dem Papier) festgelegt worden ist.

Der Autonomieantrag ist, trotzdem er von der Parteimehrheit befürwortet wurde, auf dem Parteitag zu Fall gebracht worden. Die innerparteiliche Opposition der „Unversöhnlichen", die der Zahl nach in der Minderheit waren, war stark genug, um die „Autonomisten" zur Zurückziehung ihres Antrages zu zwingen und eine Billigung irgendwelcher autonomistischer Gedankengänge durch den Parteitag zu verhindern. Die Weiterbesprechung der Autonomiefrage soll nunmehr einem späteren, außerordentlichen Parteitage vorbehalten bleiben. Wenn die „Autonomisten" auch dann nicht auf ihre „neue Taktik" verzichten, dann ist, wie namhafte Führer der Undo befürchten, mit einer Spaltung der Partei zu rechnen, wobei als sicher gelten kann, daß die Parteiführer, die durch die Aufnahme der Autonomieforderung aus der unerträglichen Enge der heutigen ukrainischen Politik herauskommen wollen, den größten Teil ihrer Anhänger im Lande verlieren werden. Denn die Masse wird nicht denen folgen, die einen Weg der Zusammenarbeit mit Polen suchen — auch wenn sie noch so feierlich versichern, nicht auf das Ziel der staatlichen Selbständigkeit verzichten zu wollen. Sondern die Masse wird den „Unversöhnlichen" folgen, die in ihrer Haltung gegenüber Polen keine Kompromisse kennen, die die Existenzberechtigung des polnischen Staates auf ukrainischem Volksboden mit unerschütterlicher Konsequenz verneinen und alles vermeiden, was darauf hindeuten könnte, daß Polen in ihren Augen als Staat auf ostgalizischem und wolhynischem Gebiet eine irgendwie geartete Daseinsberechtigung hat. Der Zerfall der Undo in eine „autonomistische" und eine „unversöhnliche" Gruppe wäre für die Geschlossenheit des ukrainischen Auftretens in Polen ein empfindlicher Schlag. Den Vorteil davon hätten die Polen.

Danzig unter polnischem Druck.

Der Pariser „Matin" meldete aus Genf: „Telegramme, die auf diplomatischem Wege in Genf eingetroffen sind, verzeichnen eine verstärkte Aktivität der Hitlerorganisationen auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig. Zahlreiche nationalsozialistische Führer sind in Danzig eingetroffen und haben alle verfügbaren Räume gemietet. Es erscheint unzweifelhaft, daß die Leitung der Hitlerpartei unter Ausnutzung der besonderen Lage der Stadt Danzig gegenwärtig gewisse Elemente ihres Generalstabs dorthin überführt. In den Kreisen des Völkerbundsekretariats erwartet man diplomatische Vorstellungen wegen dieser Ereignisse." — Diese Meldung wurde durch eine vom „Petit Journal" veröffentlichte Nachricht der Südostagentur aus Warschau erweitert. Danach soll die Leitung der NSDAP. in Danzig Maßnahmen getroffen haben, um das Hauptquartier der „Hitlerarmee" in Danzig unterzubringen. Die Geheimarchive der deutschen Organisation sollen bereits in Danzig eingegangen sein, und mehrere Hitlerführer würden demnächst in der Freien Stadt erwartet. Nach zuverlässigen Informationen gedenke die polnische Regierung von der deutschen Regierung Aufklärung über die Haltung zu verlangen, die sie in dieser Angelegenheit einnehmen werde.

Diese Meldung stammt ganz offensichtlich aus polnischer Quelle; sie ist von der Danziger sozialdemokratischen Presse leider sehr eilfertig aufgegriffen und aufgebauscht worden. Sie soll dazu dienen, Danzig vor der Welt als einen gefährlichen Unruheherd zu verdächtigen und diesen doch völlig entwaffneten „Freistaat" als den Ausgangspunkt eines Angriffskrieges gegen Polen erscheinen zu lassen. Auf diese Weise soll für Polen gegebenenfalls ein Rechtsvorwand für einen Einmarsch in Danzig geschaffen werden. Dem Urheber dieser Meldung kommt dabei das S.A.-Verbot der Reichsregierung zu Hilfe. Da nämlich in der Notverordnung vom 13. April und der dazu gehörigen Begründung die militärische Bedeutung der S. A. anscheinend etwas übertrieben worden ist, muß die Meldung von der Konzentration der S. A. in Danzig natürlich den Glauben wachrufen, daß Polen wirklich Anlaß zu derartigen Befürchtungen und Vorwürfen habe. Im übrigen hat der Danziger Senat die Meldung von der Übersiedlung des „Generalstabes" der nationalsozialistischen „Privatarmee" nach Danzig sofort dementiert: „Französische Zeitungen bringen die Meldung, daß Hitler sein Hauptquartier in Danzig aufgeschlagen habe, daß Danzig mit Hitlerangehörigen überfüllt sei und daß die Großmächte eine Demarche vorbereiten, um Danzig zu zwingen, die SS.- und SA.-Formationen wie im Deutschen Reiche zu verbieten. Diese Meldungen sind Phantasien, an denen kein Wort wahr ist. Weder hat Hitler sein Hauptquartier in Danzig aufgeschlagen, noch sind Angehörige seiner Partei von Deutschland nach Danzig gekommen. Danzigs Hotels weisen den gewöhnlichen Fremdenverkehr auf. Die Meldung der französischen Blätter liegt im Rahmen der Hetze gegen Danzig, die in den letzten Tagen besonders von der polnischen und der ihr nahestehenden französischen Presse zur Verunglimpfung des Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig und der Danziger Regierung getrieben wird."

Das hindert die polnische Presse und offenbar auch die polnische Regierung natürlich nicht, die Hetze gegen Danzig fortzusetzen und schon bestimmte Forderungen über die „Entwaffnung" der Freien Stadt zu stellen. So schreibt das größte polnische Blatt, der der Regierung nahestehende „Illustr. Kurj. Codz.", daß die bisherige Haltung Danzigs in der Frage der nationalsozialistischen Stoßtrupps eine offene und unerhörte Herausforderung Polens sei, die unter keinen Umständen länger geduldet werden könne. Denn Danzig sei, so hebt das Blatt mit Nachdruck hervor, kein Schanghai, und Polen könnte nicht untätig zusehen, wie an seiner Grenze ein Abenteuer entfesselt werde. Es sei zu erwarten, daß die polnische Regierung in energischer und kategorischer Weise Maßnahmen treffen werde, um dem „Danziger Unruheherd" ein Ende zu machen. Demnach werde die Regierung, sagt das Blatt weiter, vor allen Dingen dreierlei Forderungen aufstellen: 1. Der Völkerbund hat seine Pflicht als Garant der Danziger Verfassung in erster Linie dahin zu erfüllen, daß die bewaffneten Parteistoßtrupps in Danzig verboten und den Reichsangehörigen es unmöglich gemacht werde, Beamtenposten in der Freien Stadt Danzig zu bekleiden, denn die Reichsdeutschen sind das schlechteste Element in Danzig, die dauernd gegen die normalen Beziehungen mit Polen hetzen; 2. völlige Änderung des Warschauer Abkommens, um den Zustand, der durch den Vertrag von Versailles geschaffen wurde, wiederherzustellen; dann erst wird Danzig seiner Aufgabe als polnischer Hafen gerecht werden können; 3. Abschaffung des Amtes eines Hohen Völkerbundskommissars, zumal die Erfahrung erwiesen hat, daß diese Stelle ungeeignet ist, zur Beilegung etwaiger Streitfragen zwischen Polen und Danzig beizutragen. Im Gegenteil, dieses Amt verursacht nur eine Verschärfung der Verhältnisse. Sollte der Völkerbund aber darauf bestehen, diesen Posten aufrechtzuerhalten, so ist er mit solchen konkreten Mitteln und Befugnissen auszustatten, die ihm eine wirksame Tätigkeit ermöglichen."

Im Anschluß daran erinnert das Blatt an den früheren polnischen Vorschlag, in Danzig eine internationale Polizeitruppe, natürlich mit maßgeblicher Beteiligung Polens, zu schaffen. Das Blatt glaubt nämlich, daß nur auf diese Weise die allgemeine Ruhe wiederhergestellt werden könnte. Schließlich fordert das Blatt, daß in Zukunft das Amt eines Völkerbundskommissars nur von Vertretern einer Nation bekleidet werden sollte, die nicht unmittelbar an den deutsch-polnischen Fragen interessiert sei.

*

Die Gdingener Frage, die den Völkerbund bereits seit mehreren Jahren beschäftigt, wurde kürzlich erneut von einem Juristenausschuß des Völkerbundsrates eingehend behandelt. Das von ihm angefertigte Gutachten ist den Parteien zugestellt worden und wird dem Völkerbund gleichfalls zugehen, der sich auf seiner Maitagung damit zu befassen haben wird. Das neue Gutachten bestätigt die von dem Ausschuß im vorigen Jahre und von dem Danziger Völkerbundskommissar in einer Entscheidung des vorigen Jahres ausgesprochene Ansicht, daß auf Grund früherer Entschließungen der Völkerbundsinstanzen eine Verpflichtung Polens zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens besteht, daß diese Verpflichtung sich nicht nur auf den Eisenbahnverkehr erstreckt, daß sie für den Personen- und Warenverkehr in gleicher Weise gilt, und zwar nicht nur für den polnischen, sondern auch für den Transitverkehr durch Danzig. Das Gutachten lehnt aber die Danziger These ab, daß das Risiko für die Nichtausnutzung nicht der Hafen von Danzig, sondern die polnischen Häfen zu tragen hätten. Diese Auffassung Danzigs wird abgelehnt mit der Begründung, daß in die freie Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens Polens nicht eingegriffen werden dürfe. (!) Darauf, was die polnische Regierung zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens zu tun habe, geht das Gutachten lediglich in allgemeinen Wendungen, die nichts Greifbares enthalten, ein.

Man hat den Eindruck, daß der Juristenausschuß der Aufgabe, festzustellen, was die Verpflichtung Polens zur Ausnutzung des Hafens im Rechtssinne bedeutet, ausgewichen ist. Es ist zu befürchten, daß dieses Gutachten weder den Rat in den Stand setzen wird, eine Entscheidung über die Rechtslage zu treffen, noch daß es die Arbeiten des Völkerbundskommissars, der nunmehr die Angelegenheit weiter zu behandeln hat, fördern und erleichtern kann, da die Hauptfrage, welchen rechtlichen Inhalt die Verpflichtung Polens zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens hat, nicht geklärt ist, und das Komitee es abgelehnt hat, Stellung zu nehmen zu dem Punkt der früheren Völkerbundsentscheidung, worin ausgesprochen wird, daß Polen den Verkehr nicht durch Vorzugsmaßnahmen für seine Häfen ablenken darf.

Oberschlesiens „polnische Kultur".

„Rasch naht die Zeit, in der, gebe Gott, in den Preußischen Landtag polnische Abgeordnete gelangen werden, um unser Volk zu verteidigen, um vor der deutschen Volksgesamtheit und vor der preußischen Regierung die ganze Wahrheit über die Polen in Deutschland zu verkünden". Welche Art von „Wahrheit" das sein wird, hat die Polenbundpresse in einem Artikel vom 3. April d. J. verraten. Die deutsche und preußische Regierung begehen, wie es da heißt, „einen großen Fehler, wenn sie die Sache der Polen in Deutschland ausschließlich auf der Grundlage des Minderheitenproblems behandeln... Es ist nämlich — und das springt in die Augen — nicht wahr, daß die Polen in Schlesien eine Minderheit sind". Nun, man muß schon urpolnische Augen besitzen, um in ganz Schlesien eine Million und in Deutsch-Oberschlesien mehr als 800 000 Polen zu entdecken, also in einem Lande, in dem es im Herbst 1930 gerade 37 000 polnische Wählerstimmen gegeben hat. Man läßt sich im polnischen Lager durch nichts von der vorgefaßten Meinung abbringen, daß das Deutschtum in Schlesien nur ein „Firnis" ist, unter dem sich seit Jahrhunderten urpolnisches Wesen verbirgt. Und mit einem Eifer, der eines besseren Zieles wert wäre, bemüht man sich seit Jahrzehnten, diesen „deutschen Firnis" abzukratzen, um das polnische Bild ans Tageslicht zu bringen, um das „Volk aus königlichem Piastenstamm" einer staunenden Mitwelt vorzuführen. Man tut so, als ob 700 Jahrhunderte vorübergehen könnten, ohne Wesensart und Volkstum zu berühren. Man tut so, als ob die 195 317 Oberschlesier, die 1921 bei der Volksabstimmung ihr Votum „für Polen" abgegeben haben, das getan hätten, weil sie sich etwa als Nationalpolen fühlten. Man geht noch weiter und sagt: „Die ganze völkische Kultur in den östlichen Grenzgebieten des Deutschen Reiches ist polnische Kultur;" (!) dabei müßten, wie man vorsichtig durchblicken läßt, diese Gebiete den Polen zufallen.

Den Leuten, die so erstaunliche Dinge über die Bedeutung einer polnischen Kultur im deutschen Osten mitzuteilen wissen, wäre zu empfehlen, einmal das nachzulesen, was A. Benisz, ein ehemaliger Aufständischer, in seinem Buche „Oberschlesien im Kampf ums Polentum" über die polnische Propaganda in der Aufstandszeit berichtet. Benisz macht da ein bemerkenswertes Geständnis. Er sagt, das polnische Nationalgefühl sei in Oberschlesien selbst in der Zeit der Aufstände noch so schwach entwickelt gewesen, daß es sich als unmöglich erwiesen habe, die großpolnische Werbung auf dieser wenig tragfähigen Grundlage aufzubauen. Es sei vielmehr notwendig gewesen, „die Aufklärungsarbeit ausschließlich auf eine grundsätzliche, mehr demagogische als wirklich aufklärende Richtung zu konzentrieren", denn für nationalpolnische Aufklärung von Grund auf sei angesichts der drängenden Ereignisse keine Zeit mehr gewesen; so sei es notwendig geworden, „vor allem an die empfindlichste Seite, an den materiellen Faktor zu appellieren. Unter dem Gesichtspunkt der materiellen Zukunft des schlesischen Volkes spielte sich also der Abstimmungskampf in Oberschlesien ab". Nicht die imaginäre Anziehungskraft der polnischen Kultur und nicht der fragwürdige Vorzug, ein Teil des polnischen Staates zu werden, ist es also gewesen, was die wasserpolnischen Oberschlesier, die polnisch abgestimmt haben, veranlaßt hat, sich „zu Polen zu bekennen", sondern die Hoffnung, in Polen ein besseres Leben als in Deutschland führen zu können, die Hoffnung, daß Korfanty ihnen die Kuh schenken werde, die er ihnen versprochen hatte für den Fall, daß das Land an Polen fällt. Die polnische Propaganda wußte, daß die oberschlesische Frage eine soziale Frage ist, und sie handelte danach. Sie ist mit materiellen Versprechungen nicht sparsam umgegangen, und sie wußte ihren Vorteil aus dem Vergleich des besiegten, von Kriegslasten erdrückten Deutschland mit dem „jungen aufblühenden Polen", dem Freund und Günstling der Siegermächte, zu ziehen. Das Abstimmungsergebnis gab ihr dann recht: Wo die Menschen unter guten oder einigermaßen erträglichen Verhältnissen lebten, wo sie also Grund hatten, einen in seinen Wirkungen sehr ungewissen staatspolitischen Wechsel zu fürchten, haben sie für Deutschland gestimmt. Wo das aber nicht der Fall war, wo sie zu wenig zu verlieren hatten, da haben sie ihre Stimme für Polen abgegeben, nicht, um damit ein Bekenntnis zu der ihnen völlig unbekannten polnischen Kultur oder zu dem ihnen völlig fremden polnischen Staatswesen zum Ausdruck zu bringen, sondern einfach deshalb, weil sie es „endlich einmal besser haben" wollten. Gerade deshalb, weil sie Polen nicht kannten, weil sich an diesem Unbekannten, das ihnen eine so glänzende Zukunft versprach, ihre Hoffnung aufrichten konnte, haben sie ihm ihre Stimme gegeben. Jetzt haben sie es kennengelernt. Jetzt verlangen die, die bei Deutschland geblieben sind, nicht mehr danach, an Polen ausgeliefert zu werden, mit der „polnischen Kultur" in allzu enge Berührung zu kommen. Und die, die durch den Genfer Machtspruch an Polen gekommen sind, verwünschen die Zeit, in der sie den polnischen Agenten in die Netze gingen, in der sie den Versprechungen jener besseren Zukunft glaubten, die im Polenstaat ihrer wartet. Sie haben für die Erkenntnis, was Deutschland ihnen war, ein teures Lehrgeld zahlen müssen. Arbeit und Brot wollen sie; auf das Vergnügen, polnische Bürger zu sein, würden sie zur Not verzichten.

Memel im Wahlkampf.

Wie aus Memel gemeldet wird, betreiben die Litauer jetzt die „Einbürgerung" von Großlitauern in einem Umfange, der die schlimmsten Erwartungen bei weitem übertrifft. Auch bei früheren Wahlen sind solche widerrechtlichen Einbürgerungen vorgekommen, aber damals handelte es sich immer nur um einige hundert künstliche Naturalisationen. Jetzt geht die Zahl schon an 6000 heran. Dabei sind es vielfach nicht wie früher unverheiratete Leute, die abkommandiert werden, sondern verheiratete mit Frau und zum Teil auch mit erwachsenen Kindern, so daß die Zahl der ungesetzlichen Wähler noch erheblich größer sein wird. Man schätzt sie sogar auf 10 000 bis 11 000; das sind fast 10 v. H. der wahlberechtigten Memelländer! Die Zahl steigt täglich weiter. Daß diese Masseneinbürgerungen eine durchaus ungesetzliche Schiebung sind, unterliegt keinem Zweifel. Allerdings hat das neue Direktorium die bisher geltenden Richtlinien zur Einbürgerung aufgehoben, aber das Gesetz selbst besteht weiter, denn es ist durch das Memelstatut gesichert und besagt, daß zum Ausüben des Wahlrechts u. a. eine mindestens einjährige Ansässigkeit erforderlich ist. Trotzdem ist man im Memellande davon überzeugt, daß die Wahl mit einem Siege der deutschen Parteien enden wird. Aber dieser Optimismus muß in dem Maße schwinden, in dem die litauische Einbürgerungspolitik fortgesetzt wird. Bei den Wahlen im Jahre 1930 verteilten sich Stimmen und Mandate in folgender Weise:

Litauer	8 817 Stimmen	5 Vertreter
Deutsche Einheitsfront .	29 519 Stimmen	18 Vertreter
Die Linke	8 842 Stimmen	6 Vertreter
Neutrale Gruppen . .	2 452 Stimmen	— Vertreter

Die litauische Presse weist mit Stolz darauf hin, daß die deutsche Einheitsfront in den letzten sieben Jahren beständig zurückgegangen ist: 1925 erreichte sie 46 906, 1927 nur noch 36 412 Stimmen und 1930 war sie auf 29 519 Stimmen zurückgegangen. Mit Rücksicht auf die vielen Tausend in diesen Wochen zuwandernden Großlitauer und mit Rücksicht auf den Terror, dem die deutschen Parteien ausgesetzt sind, ist bei den bevorstehenden Wahlen eine weitere, ganz erhebliche Verschiebung zuungunsten der deutschen Einheitsfront zu erwarten. Es gehen diesmal nicht weniger als 34 Parteien in den Wahlkampf; das bedeutet, daß auf 1600 Wähler (nach dem Stande von 1930) immer eine Partei entfällt! Die Litauer versuchen, durch die Aufstellung einer ganzen Reihe neuer Splitterparteien, die alle möglichen, auf berufliche und andere Sonderwünsche und Sonderinteressen abgestimmte Parolen ausgeben, Verwirrung und Uneinigkeit in den Block der deutschen Mehrheitsparteien hineinzutragen.

Einige deutsche Blätter wußten zu berichten, daß der neue Schritt der Signatarmächte, durch den die Memelfrage vor das Haager Schiedsgericht gebracht wird, in Kowno einen „niederschmetternden Eindruck" gemacht haben soll. Demgegenüber ist festzustellen, daß man sich in Kowno durch diesen Schritt der Signatarmächte in seinen Maßnahmen gegen die Autonomie des Memellandes absolut nicht beirren läßt. Denn man weiß, daß auch für den Fall, daß die Memelklage im Haag „dringlich" behandelt wird, mindestens drei Monate vergehen, ehe es zu einer Entscheidung kommt, von der es zunächst einmal fraglich ist, ob sie endgültig sein wird, und von der es noch viel fraglicher ist, ob mit ihr die Zwangsmaßnahmen verbunden sein werden, die Litauen allein veranlassen können, auf den Weg des Rechtes zurückzukehren. Zunächst scheint man in Kowno darauf zu vertrauen, daß die Wahl, die Anfang Mai stattfindet, wenn auch nicht eine großlitauische Mehrheit, so doch eine so erhebliche Stärkung der Autonomiegegner bringen werde, daß sie aus der hoffnungslosen Minderheit, in der sie sich bisher befanden, herauskommen werden, daß Kowno dann also wenigstens die Möglichkeit haben werde, auf „starke Bevölkerungsteile" hinzuweisen, die eine vorbehaltlose Angliederung an Großlitauen und eine entschiedene „Abkehr von der Berliner Vorherrschaft" wünscht. Es ist erstaunlich, mit welcher Ruhe man in der Wilhelmstraße diese Möglichkeit betrachtet. Es ist jedenfalls verfehlt, sich darauf zu verlassen, daß man im Auslande das Ergebnis der Terrorwahlen richtig einschätzen, d. h. ihr Ergebnis als unmaßgeblich für den wirklichen Stand der Dinge im Memelland ansehen werde. Notwendig erscheint es vielmehr, gegen die Landtagswahlen, die unter derartig ungünstigen Bedingungen für die deutschen Memelländer stattfinden, von vornherein als gegen eine Maßnahme ausdrücklichen Einspruch zu erheben, die keineswegs geeignet ist, die wahre Volksstimmung im Memellande zu bekunden.

Die Grenzrevisionsfrage.

Italien für Revision der Diktate.

Der Große Faschistische Rat billigte nach eingehender Prüfung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage die vom Außenminister entwickelte Tätigkeit und bekräftigte von neuem, daß es, um die Krise zu überwinden, unter der die Welt so schwer leidet, vom politischen und moralischen sowie vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt betrachtet, notwendig ist:

1. Das Problem der Reparationen und Kriegsschulden zu lösen, und zwar, indem auf die ersteren verzichtet wird und die letzteren annulliert werden;
2. die Hindernisse für den internationalen Wirtschaftsaufstieg zu beseitigen, bevor sie zu einem völligen Erliegen des Handels aller Länder geführt haben;
3. Die Lage der Donau- und Balkanländer, Ungarn, Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland, zu regeln, die zusammen eine Bevölkerung von etwa 70 Millionen aufweisen;
4. Die Bedingungen der Friedensverträge im Rahmen des Völkerbundes zu revidieren, die in sich die Ursache der Beunruhigung der Völker sind und den Keim zu einem neuen Kriege bilden;
5. Künftighin auf die zu zahlreichen internationalen Konferenzen zu verzichten, die immer wieder neue Hoffnungen in den Völkern erwecken und doch stets von den schwersten Enttäuschungen begleitet sind und nur die Reibungsflächen vergrößern.

Der Große Faschistische Rat behält sich vor, auf einer Oktober-Tagung die Stellung Italiens im Völkerbund zu überprüfen.

Im Hinblick auf diese Beschlüsse des großen faschistischen Rates in Rom stellt die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ mit Besorgnis das Fortschreiten des revisionistischen Gedankens in Westeuropa fest. Die Sympathien der französischen radikalen Partei für den Gedanken einer friedlichen Grenzrevision seien bekannt. Ebenso sei es seit langem bekannt, daß London sich diesem Gedanken ebenfalls nicht widersetzen würde. Nun komme jetzt auch die bedenkliche Stellungnahme einer hohen politischen Instanz des faschistischen italienischen Staates, die ausdrücklich eine Vertragsrevision, und zwar unter Inanspruchnahme des Völkerbundrates, fordere. Wenn es so weitergehen würde, bemerkt das Blatt, so werde man bald an einen Ausbau des berüchtigten Artikels 19 der Völkerbundsatzung herangehen. Allen diesen Vorgängen gegenüber müsse Polen die Erklärung entgegenstellen, daß es aus dem Völkerbund ausscheiden würde, sobald der Versuch unternommen würde, aus dieser Institution ein Werkzeug der deutschen Revisionspolitik zu machen. — Polen hat am Völkerbund ein größeres Interesse als der Völkerbund an Polen.

Polens Spiel mit dem Feuer.

Polen betreibt eine geradezu fieberhafte militärische Tätigkeit längs der deutschen Grenze, und zwar nicht nur Ostpreußen gegenüber, sondern auch in Richtung auf die Oder. Diese Tätigkeit ist besonders seit Anfang Februar sehr stark, und zwar von der Ostsee herunter bis Oberschlesien. Die Kavalleriebrigaden Bialystok und Suwalki sowie die Truppen des Standortes Grodno hielten vom 24. Februar bis 1. März Winterübungen in unmittelbarer Nähe der ostpreußischen Grenze ab. Anfang Februar wurde der Standort Posen alarmiert und machte im Anschluß daran eine große Geländeübung. Mitte Februar wurden die Truppen der Standorte Graudenz, Kulm und Dirschau, also alle Truppen der 16. Infanterie-Division, alarmiert und machten eine große Übung, zu der auch die in militärischer Ausbildung befindlichen Jugendverbände und Schützenvereine herangezogen wurden; außerdem wurde ein Teil des Panzer-Regt. 1 aus Posen (Kampf- und Panzerwagen) herangezogen und eingesetzt. Das Jäger-Bataillon in Dirschau machte hierbei Verladeübungen. Am 20. und 21. Februar übten bei Gdingen die aus Danzig (!!) herangezogenen polnischen militärischen Verbände unter dem Kommando des Chefs der polnischen Militärsektion der polnischen Vertretung in Danzig, Oberst Rosener. Die 23. Infanterie-Division in Kattowitz steht seit Februar in Alarmbereitschaft und unternimmt ständig große Übungen. Es ließen sich noch mehr Beispiele von herausfordernden polnischen Truppenübungen an den deutschen Grenzen in den letzten Monaten anführen.

Einer der Regimentskommandeure aus dem Gebiet Wongrowitz hat nach einer Übung die Reserveoffiziere mit den Worten entlassen: „Na, wir werden uns bald zu einem Manöver mit scharfen Patronen wiedersehen.“ Er hat dabei keinen Zweifel gelassen, daß das „Manöver“ gegen Deutschland spielen soll. Die militärische Vorbereitung der Jugend, der Schützenvereine und Kriegerverbände wird seit einem Vierteljahr mit besonderer Energie betrieben. Das Regierungsblatt in Thorn, „Dzien Pomorski“, schreibt am 11. März d. J., das Ziel sei die Bildung einer geschlossenen Reservearmee, die als Ergänzung der aktiven Armee jederzeit bereit sei. Wörtlich sagt das Blatt: „Das Losungswort der Schaffung einer großen Reservearmee in Pommerellen ist bereits gefallen; jetzt kommt es darauf an, dieses Werk der nationalen Pflicht durchzuführen.“ Das Blatt gibt die Zahl der in dieser Reservearmee im Korridor stehenden Mannschaften mit 30 000 Köpfen an. Diese Tatsachen sprechen eine durchaus eindeutige Sprache. Man darf wohl erwarten, daß die Reichsregierung nicht verabsäumt, diese Dinge in Genf zur Sprache zu bringen. Daß die Ostbevölkerung über all diese Vorgänge auf das tiefste beunruhigt ist und einen starken militärischen Schutz fordert, ist durchaus verständlich.

Polnische Wirtschaftssorgen.

Der Bahnbau Oberschlesien—Gdingen eingestellt.

Die Schwierigkeiten der Bahngesellschaft Oberschlesien-Gdingen sind infolge Ausbleibens der versprochenen französischen Mittel so groß geworden, daß in den letzten Wochen nicht einmal die Löhne gezahlt werden konnten. Nur dem Eingreifen der Regierung ist es zuzuschreiben, daß schließlich die Forderungen der Arbeiter befriedigt werden konnten, da trotz der Pariser Reise des polnischen Verkehrsministers Kühn Geldmittel noch nicht in Aussicht stehen, ist einem großen Teil der Arbeiter gekündigt worden. Die Arbeiten werden vorübergehend eingestellt, wodurch die endgültige Fertigstellung der Bahn natürlich weiter hinausgezögert wird. Für die Polen ist die Weigerung Frankreichs, die weiteren Mittel für den Bau der Kohlenmagistrale zu überweisen, eine herbe Enttäuschung. Über die Gründe dieser Weigerung kann man nur Vermutungen anstellen. Der französische Rentner, der letzten Endes ja der Träger und gegebenenfalls der Leidtragende der französischen Anleihepolitik ist, verspürt immer weniger Lust, den östlichen Bundesgenossen immer wieder neue Kredite zu gewähren. Denn die Aussichten, die Milliarden, die im Lauf der letzten 10 Jahre nach Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei und in den letzten Monaten auch nach den baltischen Staaten im Anleihewege gegangen sind, jemals ganz oder auch nur teilweise zurückzuerhalten, sind mehr und mehr im Schwinden. Auch die polnische Wirtschaftspolitik erweckt in Frankreich nicht das Vertrauen, das die Voraussetzung jeder Anleihe ist. Möglich ist auch, daß Frankreich die Mittel für den Bahnbau Kattowitz-Gdingen deshalb zurückhält, um auf Polen einen politischen Druck auszuüben, vielleicht um Polen den Tardieuschen Donauplänen gefügig zu machen. Wie dem auch sei: In Warschau hat man wieder einmal erfahren, daß der französische Bundesgenosse weit davon entfernt ist, selbstlos zu handeln, und daß es keine ungetrübte Freude ist, ein Freund Frankreichs zu sein, da dieses, wenn es ihm zweckmäßig erscheint, gegenüber seinen Freunden dieselben Mittel anwendet, deren es sich gegenüber seinen Feinden bedient.

Maßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft.

Um der ungeheuren Not der Landwirtschaft zu steuern, sieht sich die polnische Regierung zu scharfen Maßnahmen gezwungen:

1. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Zahlungsschwierigkeiten der landwirtschaftlichen Kreise müssen diese gewisse Erleichterungen bei der Zahlung der fälligen Verpflichtungen erhalten. Da sich der Staat in die normalen privatrechtlichen Verhältnisse zwischen Gläubiger und Schuldner nicht hineinmischen will, mußte man gewisse Erleichterungen gegenüber den staatlichen Banken gewähren.

2. Ohne ein Moratorium einzuführen und ohne die Privatschulden zu verringern, mußte man die Landwirte vor der allzu großen Rücksichtslosigkeit verschiedener Gläubiger schützen, um so mehr, als die auf dem Wege der Zwangsversteigerung eingezogenen Vorteile zu gering waren im Vergleich zu den Verlusten, die die Landwirtschaft erlitten hat. Man muß bedenken, daß die Landwirte keine Schuld an der Lage tragen, in die sie geraten sind; es wäre also ungerecht, daß die Folgen der Krisis nur von ihnen getragen werden. Es mußten daher die Zwangsversteigerungen, die gegen die Landwirtschaft gerichtet sind, erschwert werden.

3. Das dritte Mittel der jetzt eingeführten Hilfsaktion für die Landwirtschaft ist das Gesetz über die Erleichterung beim Verkauf von Landflächen.

4. Man darf annehmen, daß alle diese Verordnungen Bedingungen schaffen werden, die zu einer Verständigung zwischen Gläubigern und Landwirten führen. Diese Verständigung müßte darauf beruhen, daß die Verzinsung herabgesetzt, die Zahlungen auf kleinere Raten verteilt und die kurzfristigen Schulden in langfristige umgewandelt werden.

5. Es wird im voraus angenommen, daß die bisherigen Maßnahmen unzureichend sein werden. Man will jedoch eine größere Ansammlung von Gesetzen vermeiden.

Polnische Minderheitenpolitik.

Der Kampf um das deutsche Schulkind.

Über ein Beispiel stillen und unerschrockenen Bekenntnismutes eines deutschen Katholiken im Kreise Zempelburg berichtet das „Posener Tageblatt": Der Invalide T. in Waldau hatte seine Tochter Irmgard mit Beginn des Schuljahres in die deutsche Klasse aufnehmen lassen. Am 6. Februar dieses Jahres wurde sie nun plötzlich aus der deutschen Klasse ausgewiesen mit der Begründung, daß sie katholischen Glaubens und polnischer Nationalität sei. Sie müsse in die polnische Klasse eingewiesen werden. Der Vater schickt aber das Kind täglich zur deutschen Klasse, und es wird täglich daraus entfernt. Der polnische Lehrer drohte mit Schulstrafen, wenn das Kind nicht in die polnische Klasse komme. Der Kreisschulinspektor verlangte eine Nationalitätserklärung vom Vater, die vor der Starostei abzulegen sei. Der Vater hat zweimal den Versuch gemacht, diese Erklärung abzugeben, wurde aber abgewiesen. Nun hat der Vater durch Einschreibebrief eine solche Erklärung an die Behörde geschickt. Diese wurde nicht anerkannt. Inzwischen hat T. vor dem Notar in Zempelburg seine Nationalität schriftlich abgelegt und zugleich hinzugefügt, daß er samt seiner Tochter zur evangelischen Konfession übertrete. Diese beiden Dokumente übersandte T. dem Kreisschulinspektor. Er erhielt diese wieder zurück mit der Begründung, solche Erklärungen müssen vor dem Starostwo eingelegt werden. Betreffs der Erklärung, daß T. samt seiner Tochter zur evangelischen Konfession übertrete, erklärte der Kreisschulinspektor, daß das Sache des Vormundschaftsgerichts sei. Was hat aber das Vormundschaftsgericht mit einer solchen Sache zu tun, da doch beide Eltern leben? Nun ging T. mit der notariellen Erklärung zum Starostwo. Der Kreisassessor nahm Einsicht und gab sie zurück mit dem Bemerken, der Fall sei für ihn längst erledigt. Darauf hat T. das Schreiben am nächsten Tage durch Einschreibebrief an das Starostwo gesandt. Von dort wurde es ihm wieder ohne jegliche Bemerkung zurückgeschickt. Daraufhin hat T. eine Beschwerde an den Starosten persönlich adressiert, in dem er eine ausführliche Schilderung der ganzen Angelegenheit gab. Die Irmgard T. geht täglich zur deutschen Klasse, aber sie wird täglich ausgewiesen mit dem Bemerken, daß sie in die polnische Schule gehöre. Der polnische Lehrer und auch der Kreisschulinspektor drohen mit der höchsten zulässigen Strafe und sogar mit Arrest. Der Deutsche bleibt fest. Ein Beispiel unter vielen!

Ablehnung des deutschen Wahlprotestes in Graudenz.

Zu den letzten Sejmwahlen im Oktober 1930 war von den deutschen Vertretern des Wahlbezirkes 30 (Graudenz-Konitz) zum vorschriftsmäßigen Termin eine Vorschlagsliste der Kandidaten zum Sejm eingereicht worden. Die Zahl der deutschen Stimmen hatte sich in diesem Wahlbezirk bei den früheren Wahlen auf etwa 30 000 belaufen; es war also mit einem sicheren deutschen Mandat auch im Jahre 1930 zu rechnen. Die von den Vertretern der deutschen Bevölkerung eingereichte Vorschlagsliste wurde jedoch von der Bezirkswahlkommission des Wahlkreises Graudenz für ungültig erklärt. Gegen die Ungültigkeitserklärung der Kandidatenliste und die Streichung der deutschen Bürger aus den Wahllisten wurde Protest beim Höchsten Gericht in Warschau eingereicht. Dieser Protest ist jetzt abgelehnt worden. Die Begründung der Bezirkswahlkommission für die Ungültigkeitserklärung der deutschen Kandidatenliste war in der Hauptsache die Feststellung, daß zahlreiche der benannten Kandidaten auf der eingereichten Liste ihre Namen anders geschrieben hatten, als sie in den Wählerlisten verzeichnet waren. So war auf der Kandidatenliste Hoffmann mit zwei f, in der Wählerliste mit einem f geschrieben, ferner Luise (mit s) statt Luize (mit z), Arthur statt Artur, Kasper statt Kaspar, Willy statt Willi, Leo statt Leon, Bertha statt Berta usw. Außerdem waren bei einer Reihe von Kandidaten der Entscheidung der Kreiswahlkommission zufolge die Berufe „falsch" angegeben, und zwar in einem Falle Kontoristin statt Büroangestellte, Rentiere statt „ohne Beruf", Büroleiter statt Beamter usw. Und schließlich war noch bei einer weiteren Anzahl von Kandidaten den Feststellungen der Kreiswahlkommission zufolge die Adresse falsch angegeben, z. B. Jacisze 3 anstatt 4. Außerdem hatten einige Kandidaten auf den Kandidatenlisten die Adresse ihres Geschäftes, in den Wählerlisten die ihrer Privatwohnung oder umgekehrt angegeben. Bei anderen waren Unterschiede bei Angabe des Tages und des Monats ihres Geburtsdatums festzustellen. Und schließlich behauptete die Wahlkommission, daß eine weitere Reihe von Kandidaten gestrichen werden mußte, weil ihre Namensunterschriften auf der eingereichten Liste von der Wahlkommission nicht entziffert werden konnten. Dabei ist zu bedenken, daß die Deutschen, die sich persönlich in die Listen eingetragen haben, doch zweifellos besser wissen, wie sie heißen, was sie sind und wo sie wohnen, als die deutschfeindlichen, polnischen Beamten, die die Wählerlisten ausgefertigt haben, daß die Fehler also nicht auf der Kandidaten-, sondern auf der Wählerliste zu beanstanden sind. In keinem Falle war durch die Unstimmigkeiten in den beiden Listen die Identität der Person in Frage gestellt. Die angegebenen Gründe reichten der Bezirkswahlkommission jedoch aus, um 30 000 Deutsche von der Wahl fernzuhalten und es ihnen unmöglich zu machen, den ihnen sonst sicheren Kandidaten durchzubringen. Das Höchste Gericht in Warschau hat sich diesem Standpunkt angeschlossen und damit die unglaubliche Handlungsweise einer durchaus parteiischen und minderheitenfeindlichen Lokalinstanz gutgeheißen.

Pleß wieder vor dem Völkerbundsrat.

Der Völkerbundsrat wird sich auf seiner Maitagung nochmals mit dem Fall des Fürsten von Pleß beschäftigen, der sich schon wiederholt wegen der Polonisierung seines in Ostoberschlesien gelegenen Besitzes an den Völkerbundsrat gewandt hat. Fürst von Pleß hat, wie aus Völkerbundskreisen verlautet, eine neue Petition wegen der Steuermaßnahmen, die die polnischen Behörden gegen ihn ergriffen haben, an den Völkerbundsrat gerichtet, und der Generalsekretär hat, der Dringlichkeit der Petition Rechnung tragend, sie auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung gesetzt. Der Inhalt der Petition steht in einem auffallenden Gegensatz zu dem Bericht des Völkerbundsrates vom Januar, der auf Grund genauer Erklärungen der polnischen Regierung feststellen zu können geglaubt hat, daß die Angelegenheit eine zufriedenstellende Lösung gefunden habe. Der Völkerbundsrat war noch nicht auseinandergegangen, als schon wieder neue Zwangsmaßnahmen in Gestalt von Pfändungen ergriffen wurden. Das Versäumnisverfahren gegen den Fürsten von Pleß wurde aufrechterhalten. Die Steuerschuld ist nunmehr so festgesetzt worden, daß eine Summe von 10 Millionen Zloty als versteuerbares Einkommen zu dem sonst steuerbaren Einkommen des Fürsten von Pleß hinzugerechnet wird. Hierbei fällt noch ins Gewicht, daß die Steuerschuld, die sich auf einen Zeitraum von sechs Jahren, von 1925 bis 1930, erstreckt, vorläufig nur für die ersten fünf Jahre festgesetzt worden ist, während Forderungen für 1930 noch ausstehen. Gegenüber den früheren Festsetzungen, die nach dem letzten Beschluß des Völkerbundsrates zu annullieren waren, sind zwar gewisse Änderungen und auch eine Herabsetzung der früheren Steuern vorgenommen worden, aber die gröbsten früheren Beanstandungen in den Veranlagungen sind wieder übernommen worden. In der Petition wird ausgeführt, daß der Petent in dem Vorgehen der polnischen Behörden eine Bedrohung seiner Wirtschaftsexistenz erblickt und daß eine Verletzung der Genfer Konvention vorliege. Da Fürst von Pleß befürchtet, daß weitere Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, wird der Völkerbundsrat ersucht, die Angelegenheit dringend zu behandeln. Die Petition soll den Völkerbund veranlassen, die neueste Entwicklung des Falles des Fürsten von Pleß genau zu prüfen, und zwar um so mehr, als der Rat in der bisherigen Behandlung der Angelegenheit, die ihn seit Januar 1931 fast auf jeder Tagung beschäftigt hat, sehr stark auf die wiederholten Versicherungen der polnischen Regierung, den Fall wohlwollend zu behandeln, Rücksicht genommen hat.

Eine polnische Lüge über das Danziger Schulwesen.

Durch Urteil des erweiterten Schöffengerichts in Danzig wurden vor einiger Zeit der verantwortliche Redakteur der „Gazeta Gdańska" Władysław Cieszyński in Zoppot, Parkstr. 17, der Angestellte beim Hafenausschuß Theodor Maliszewski und der Eigentümer Franz Elmanowski in Postelau wegen öffentlicher Beleidigung verurteilt, und zwar: Cieszyński zu 2 Monaten Gefängnis, Maliszewski zu 1 Monat Gefängnis und Elmanowski wegen Beleidigung in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von 6 Wochen Gefängnis. Die Verurteilung ist erfolgt, weil Cieszyński in der „Gazeta Gdańska" auf Grund der ihm von den beiden Mitverurteilten zugegangenen Mitteilungen behauptet hat, daß der Lehrer Krause in Postelau die Kinder polnischer Nationalität, die an dem Kindertag in Gdingen teilgenommen hatten, zur Strafe 400mal den Satz „Danzig bleibt deutsch" habe abschreiben lassen. Das gerichtliche Verfahren hat die Unrichtigkeit dieser Behauptungen ergeben. Trotz dieser Feststellungen behauptet die polnische Presse nach wie vor, daß die Kinder den Satz „Danzig bleibt deutsch" oftmals haben abschreiben müssen, schränkt allerdings diese Behauptung dahin ein, daß dies nicht als Strafe für die Teilnahme an dem Kindertag in Gdingen, sondern zu Übungszwecken geschehen sei, und sie behauptet weiter, daß eine Nachprüfung des Sachverhalts durch den zuständigen Schulrat nicht habe erfolgen können, weil — die Hefte verschwunden seien. (!) Auch diese neuerlichen Behauptungen sind unrichtig und werden durch die eingehenden Feststellungen des Urteils des Schöffengerichts widerlegt. Danach hat der Lehrer Krause in Postelau die Schulkinder den Satz „Danzig bleibt deutsch" weder als Strafarbeit noch zu Übungszwecken, geschweige denn 400mal abschreiben lassen.

*

Auslandspaß: 400 Zloty!

Die bisher 200 Zloty betragende Gebühr für den polnischen Auslandspaß wird ab 1. Mai auf 400 Zloty erhöht werden. Der nach dem Ausland gerichtete Sommerreiseverkehr polnischer Staatsbürger wird durch diese Maßnahme auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Ostnot und Osthilfe.

Ostpreußische Landarbeiter kommen „ins Reich“.

Die „Allensteiner Zeitung“ berichtete, daß in letzter Zeit einige tausend jugendliche ländliche Arbeitskräfte aus Ostpreußen nach Sachsen und Braunschweig befördert wurden. Es mutet sonderbar an, daß trotz der großen Arbeitslosenziffer im Reich von etwa 6,2 Millionen Erwerbslosen gerade aus Ostpreußen in wenigen Tagen annähernd 4000 junge Menschen herausgezogen werden, um den Arbeiterbedarf im Reich zu decken, und dazu zu Arbeitsbedingungen, die nicht besser als in Ostpreußen sind (Stundenlohn für Mädchen und Burschen 18 Pf., für Männer 22 Pf. neben freier Verpflegung). Noch merkwürdiger mutet es an, daß es sich bei diesen jungen Menschen keineswegs nur um Arbeitslose handelte, sondern daß ein hoher Prozentsatz aus laufenden Arbeitskontrakten herausgelockt worden ist, während ein nicht minder großer Prozentsatz bisher überhaupt noch in keinem Arbeitsverhältnis gestanden hat. Der Hinweis, so schreibt die „A. Z.“ weiter, daß es in Ostpreußen noch genügend Arbeitslose gibt, die die verlassenen Arbeitsstellen ausfüllen könnten, ist hier nicht am Platze. Denn es handelt sich durchweg um jugendliche und eingearbeitete Landarbeiter, die nicht durch irgendwelche anderen Arbeitslosen aus der Stadt oder aus anderen Berufen ersetzt werden können. Hinzu kommt, daß diese Altersgruppe in der Regel im elterlichen Hause wohnte, der Arbeitgeber also nicht für besondere Unterkunftsmöglichkeiten zu sorgen brauchte, ein Umstand, der die Heranziehung von Ersatzkräften schwierig gestaltet, weil es durchweg an den für auswärtige Arbeiter unbedingt erforderlichen Unterkünften mangelt. Es kommt aber noch ein weiteres Moment hinzu. Um dieses durch die Abwanderung entstandene Loch wieder aufzufüllen, ist das Arbeitsamt nun gezwungen, aus den westlichen Provinzen die sogenannten Hütejungen in entsprechender Anzahl anzufordern. Hätte man sich bei der Zusammenstellung dieser ins Reich abgehenden Transporte ausschließlich an solche Personenkreise gehalten, die voraussichtlich als dauernd erwerbslos anzusehen sind, dann könnte man der Sache Verständnis entgegenbringen. Da man aber außer den in Arbeit und Lohn befindlichen jungen Menschen auch solche nahm, die bisher in keinem Arbeitsverhältnis standen, sich vielmehr in der elterlichen Wirtschaft aufhielten, züchtet man durch diese letztere Kategorie Anwärter auf Erwerbslosenunterstützung heran. Denn diese., die bisher mit dem ohnehin schon stark belasteten Arbeitsamt in keinem irgendwie gearteten Zusammenhang standen, werden nach einigen Monaten, nach Beendigung der Arbeit, als Arbeitslose zurückkommen und den Kreis der Unterstützungsempfänger vergrößern und so die Finanzlage des Arbeitsamtes nur noch mehr belasten. Weshalb ist es der Landarbeiterzentrale möglich, unbehindert von irgendwelchen Stellen, die Arbeit der Arbeitsämter zu durchkreuzen? Die Landarbeiterzentrale ist als eine zivile Einrichtung anzusehen. Ihre Tätigkeit bestand bisher in der Beschaffung der polnischen Saisonarbeiter, wobei sie für jeden der angeworbenen Ausländer eine gewisse „Kopfprämie“ von den jeweiligen Auftraggebern erhielt. Und diese Kopfprämie soll ihr auch jetzt für die angeworbenen ostpreußischen Landarbeiter zufließen, nachdem die polnischen Arbeiter nicht mehr zur Arbeit nach Deutschland hereingebracht werden dürfen.

Kaza und Pechlüge.

Wiederholt hat sich die Presse mit den katastrophalen Zuständen in den Dörfern Kaza und Pechlüge und den anliegenden Ortschaften im Kreise Schwerin beschäftigt. Durch das ständig steigende Grundwasser wurde bekanntlich die ganze Einwohnerschaft bis auf den Gemeindevorsteher von Pechlüge zum Abwandern gezwungen. Ein ähnliches Schicksal droht Kaza, da auch dort das Grundwasser die Erwerbsmöglichkeiten der Landwirte zunichte macht. Immer dringender wurde von allen Stellen der Ruf nach sofortiger Hilfe für die bedrohten Grenzbauern erhoben. Aus einem neuen dringenden Appell aus dem Kreise Schwerin wird ersichtlich, daß trotz allem noch immer keinerlei Abhilfe geschaffen worden ist. Es ist wieder ruhig geworden um Kaza und Pechlüge. Kommissionen kamen hin, Entwürfe wurden beraten, aber noch immer sind keine entscheidenden Schritte unternommen worden. Das Wasser aber steigt weiter. Die Not und das Elend in diesen Dörfern wachsen von Tag zu Tag. Die Bauern von Kaza und Pechlüge ziehen, um Stroh für ihr Vieh und um Getreide für die Ernährung ihrer Familien bittend, in der Umgegend umher. Es ist eine grenzenlose Armut, eine unverschuldete Armut, die man hier sieht. Schnelle und baldige Hilfe tut dringend not, wenn hier nicht vorgeschobene Grenzposten kampflos preisgegeben werden sollen. Die Grenzgebiete sind ohnehin dünn bevölkert. Schon aus staatspolitischen Gründen, so heißt es in dem Hilferuf, muß von der Regierung beschleunigte Hilfe verlangt werden.

Osthilfekredite für die Schiffahrt.

Die Bank für deutsche Industrie-Obligationen ist mit der Bearbeitung der Osthilfe-Anträge der Binnenschiffer beschäftigt. Die ersten Anträge sind bereits den beiden Schiffsbeleihungsbanken zur Bearbeitung zugeleitet. Für die gesamte Gewerbekreditaktion stehen einstweilen nur 22 Millionen Mark aus den Reserven der Bank zur Verfügung. Es können infolgedessen nur vordringliche Fälle berücksichtigt werden.

Für die Schiffahrtskredite hat die Bank Richtlinien ausgegeben, in denen u. a. gesagt ist: In Frage kommen nur deutsche Schiffer an der Oder oder östlich davon: Darlehen werden nur auf Frachtschiffe gegeben, die schon vor dem 31. März 1931 im Schiffsregister eingetragen sind und bei denen die Gewähr für eine erfolgreiche Fortführung des Betriebes besteht. Die Kredite werden vorwiegend zur Umwandlung drückender kurzfristiger Verbindlichkeiten in langfristige Kredite nur in besonders dringlichen Fällen zur Betriebsfortführung gewährt. Für Neu- und Ersatzbauten werden grundsätzlich keine Mittel gewährt, für Instandsetzungsarbeiten nur in besonders dringlichen Fällen. Die Höhe der Darlehen soll im Einzelfalle nach Möglichkeit 10 000 Mark nicht überschreiten; sie werden höchstens bis zu sieben Jahren vergeben. Für das Darlehen ist bei einer Auszahlung von 96 v. H. ein jährlicher Zins von 6 v. H. sowie ein Verwaltungskostenbeitrag von ½ v. H. zu entrichten. Die Verzinsung und Tilgung der Darlehen erfolgt gemäß besonderer Vereinbarung in vierteljährlichen Abzahlungen. Die Kreditgewährung erfolgt nur gegen ausreichende Sicherheiten. Die Kreditanträge sind bei der Bank für deutsche Industrie-Obligationen, Berlin SW 68, Zeilnerstraße 5a, einzureichen. Die Bearbeitung der Anträge erfolgt in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Schiffahrt durch die Deutsche Schiffspfandbriefbank A.-G., Berlin NW 7, Dorotheenstr. 19, und die Deutsche Schiffsbeleihungsbank A.-G., Hamburg 8, Große Reichenstraße 67.

Die Berufsvertretungen bei der Landstelle Berlin.

Bei der Landstelle Berlin der Osthilfe ist ein Ausschuß der amtlichen Berufsvertretungen von Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft der Provinz Brandenburg gebildet worden, der die Interessen der einzelnen Berufszweige wahrnehmen wird. Die Handwerkervertreter haben besonders den Auftrag erhalten, die Rechte der Gläubiger im landwirtschaftlichen Sicherungsverfahren wahrzunehmen, da die Gläubiger stark zurückgesetzt worden seien. Werden von dem Treuhänder die Interessen der betroffenen Handwerker vernachlässigt, so können sie sich beschwerdeführend unter Vermittlung eines Vertrauensmannes der Handwerkskammer an den zuständigen Landrat wenden.

Siedlungs- und Wohnungswesen.

Zulässige Abschreibung vom Gebäudewert bei Hauszinssteuer-Neubauwohnungen.

Die dem Deutschen Ostbund nahestehende „Baugenossenschaft vertriebener Ostdeutscher“ schreibt uns:

Wir haben seit längerer Zeit mit unseren Aufsichtsbehörden in Berlin in Meinungsdifferenzen gestanden über die Höhe der von Hauszinssteuer-Neubauten jährlich vorzunehmenden Abschreibung. Sowohl der Herr Oberpräsident als auch die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. standen bisher auf dem Standpunkte, daß die bei der Rentabilitätsberechnung in Ansatz zu bringende Abschreibung von 1 v. H. des Gebäudewertes um den Betrag der vorläufig nicht erfolgenden Tilgung des Hauszinssteuerdarlehns gekürzt werden müsse. Die Folge hiervon war, daß die gemeinnützigen Baugenossenschaften nur eine Miete erheben durften, die sich auf Grund dieser unrichtigen Rentabilitätsberechnung ergab, d. h. eine Miete, die für die Folge sich als unzureichend erweisen mußte. Nicht zum wenigsten auf diesen Zwang der Behörden zur Erhebung einer nicht ausreichenden Miete sind die Schwierigkeiten zurückzuführen, in denen jetzt viele Baugenossenschaften sich befinden. Eine weitere Folge ist die Dividendenlosigkeit, mit der sich die meisten Baugenossenschaften abfinden mußten. Unter tatkräftiger Unterstützung seitens unseres Revisionsverbandes, des Reichsverbandes Deutscher Baugenossenschaften in Berlin, ist es nunmehr gelungen, die Aufsichtsbehörden von ihrem Irrtum zu überzeugen. Danach wird unsere Ansicht als zu Recht bestehend anerkannt, daß ungeachtet einer noch nicht erfolgenden Tilgung der Hauszinssteuer-Hypothek in der Bilanz volle 1 v. H. des Gebäudewertes als Abschreibung einzusetzen und dementsprechend auch in der Rentabilitätsberechnung in Ansatz zu bringen sind. Leider kommt diese Erkenntnis der Behörden im ungeeignetsten Zeitpunkte, da augenblicklich eine für Gesundung der Rentabilität an und für sich unbedingt erforderliche Erhöhung der Mieten sich kaum ermöglichen lassen wird.

Siedlungsgesellschaft „Deutscher Ostbund“.

Über die Tätigkeit unserer Siedlungsgesellschaft „Deutscher Ostbund“ können wir folgendes berichten: Angesichts der Wirtschafts- und Finanzlage von Reich und Staat war eine starke Zurückhaltung im Ankaufsgeschäft notwendig und hat sich auch bewährt. Die Nachfrage nach Stellen ist nach wie vor groß. Das zeigt sich neuerdings wieder dadurch, daß bei dem 2400 Morgen großen Gut Groß-Zastrow im Kreise Grimmen, das allerdings sehr guten Boden hat, schon jetzt fast sämtliche 55 Stellen vergeben sind. Bei diesen 55 Stellen in Groß-Zastrow hat es sich zu unserer Freude ermöglichen

lassen — was auch den Behörden sehr erwünscht ist —, daß etwa 20 alte Arbeiter dieser Domäne Stellen erhalten haben, also nicht vom Land vertrieben wurden. Es ist heute im Gegensatz zu früher für die alten Gutsarbeiter recht schwer, neue Arbeitsstellen zu finden. Im übrigen ist neben zahlreichen Ostmärkern auch eine größere Zahl von Siedlungslustigen aus dem Westen dort angesetzt worden. — Aus Zastrow und dem benachbarten Klein-Zastrow, das im Jahre 1931 von unserer Siedlungsgesellschaft besiedelt wurde, wird, ähnlich, wie das bei der früheren Ansiedlungskommission oft gemacht wurde, eine geschlossene Siedlung von über 4500 Morgen entstehen, die durch genossenschaftliche Einrichtungen für Milchverwertung usw. den Siedlern wirtschaftliche Vorteile bieten wird. Neue Ankaufsverhandlungen schweben, so daß die Gesellschaft hofft, in absehbarer Zeit den zahlreichen Siedlungsbewerbungen, die bisher noch nicht befriedigt werden konnten, gerecht zu werden.

Ostsiedlungsgesetz.

Nach einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros bereiten die zuständigen Reichsministerien z. Z. einen Gesetzentwurf vor, der für das Ostsiedlungswerk die nötigen rechtlichen Grundlagen schaffen soll. Die Verhandlungen zwischen Reichsarbeitsministerium, Reichsfinanzministerium, Reichsernährungsministerium und der Oststelle bei der Reichskanzlei sollen noch in dieser Woche abgeschlossen werden. Durch das neue Gesetz soll die Siedlung erleichtert und eine möglichst schnelle Verwertung des von der Osthilfe als nicht mehr sanierbar abzustoßenden Landes ermöglicht werden.

Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers fand eine Beratung aller an der Durchführung der landwirtschaftlisten Siedlung beteiligten Ressorts statt. Zwei Millionen Morgen Land, das trotz aller Hilfsmaßnahmen den bisherigen Eigentümern nicht erhalten werden kann, soll Zehntausende neuer Siedler im Osten fest verankern. Die Reichsregierung will trotz aller Schwierigkeiten die erforderlichen Mittel bereitzustellen versuchen. Man ist sich aber klar darüber, daß im Gegensatz zu der wirtschaftlich günstigeren Vergangenheit mit größter Einfachheit und Sparsamkeit gesiedelt werden muß, wobei der freiwillige Arbeitsdienst weitgehende Hilfe leisten soll. Auch soll jede bürokratische Engherzigkeit in Zukunft vermieden werden. Damit wird auch Raum geschaffen für neue Siedlungsformen unter Mitarbeit von Gemeinschaften und Bünden, die sich in den Dienst der Sache stellen. Sofort nach Rückkehr des Kanzlers aus Genf sollen die gesetzgeberischen Maßnahmen im Kabinett verabschiedet werden.

Erleichterungen für alle Siedler.

Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, entsprechend dem Vorgehen des Reiches, allen Siedlern, die in Preußen auf die Landesrentenbank übernommen sind oder die unter Mitwirkung der Landeskulturbehörde nach dem 1. April 1924 ihre Stellen übernommen haben und mit preußischen Mitteln finanziert sind, von dem für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 zu entrichtenden Betrage an Renten und Zinsen die Hälfte nachzulassen. Dieser Nachlaß ist an die Bedingung geknüpft, daß der einzelne Siedler im übrigen seine rückständigen und laufenden Verpflichtungen bis zum 20. Mai 1932 erfüllt oder sich unter Zustimmung der Landesrentenbank verpflichtet, sie in angemessenen Raten abzuzahlen.

Die vorstädtische Kleinsiedlung.

Mit den vom Reich bei der gegenwärtigen Finanznot für die vorstädtische Kleinsiedlung bereitstellbaren Mitteln lassen sich begreiflicherweise nicht alle Siedlungswünsche erfüllen. Um auch den zahlreichen Interessenten, die noch über eigene Mittel verfügen, eine verbilligte Siedlungsmöglichkeit im Sinne der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 zu verschaffen, hat der Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung die Landesbehörden ermächtigt, durch Anerkennung derartiger Siedlungsvorhaben als vorstädtische Kleinsiedlungen auch den Bauherren, die keine Reichsmittel erhalten, die gleichen baupolizeilichen, ortsstatutarischen und steuerlichen Erleichterungen zuzuwenden, die den vom Reich unterstützten Siedlungsvorhaben zuteil werden. Der Kreis der Berechtigten ist nicht auf Erwerbslose und Kurzarbeiter beschränkt.

Nach Ansicht des Reichskommissars für die vorstädtische Kleinsiedlung, Dr. Saaßen, kann, wie er in einem Artikel ausführte, auf Grund der inzwischen geleisteten Vorarbeiten jetzt mit der Errichtung von zunächst rund 16 000 vorstädtischen Kleinsiedlungsstellen begonnen werden. Die Zahl wird sich noch erhöhen, sobald sich übersehen läßt, ob und inwieweit sich die zunächst für die einzelne Stelle vorgesehenen Höchstdarlehen von je 2500 RM. durch Bereitstellung eigener Mittel der Träger oder Siedlungsverbände ermäßigen würde. Um einen möglichst großen Anreiz zu einer derartigen Streckung der Reichsmittel zu schaffen, werden den Gemeinden und Gemeindeverbänden, die durch Heranziehung derartiger Mittel oder durch Einsparung an dem Siedlungswerk mitwirken, diese selbstersparten Reichsmittel zur Finanzierung weiterer Siedlungen belassen. Das für rund 3000 RM. erstellbare Siedlerhaus besteht aus einem Wohnraum von 12 bis 14 Quadratmeter, einem Schlafraum von 9 bis 12 Quadratmeter sowie zwei weiteren kleineren Schlafräumen, einem Kleintierstall von 5 bis 6 Quadratmeter, einem Kellerraum von mindestens 4 Quadratmeter sowie dem notwendigen Raum zur Abstellung von Geräten und zur Lagerung von Futter und Materialien. In dem Höchstbetrag von 3000 RM. sind weiter einbegriffen die Kosten der Einrichtung der Stelle. Zu ihr gehört die Ausstattung mit dem notwendigen lebenden und toten Inventar, einschließlich der Lieferung des für das erste Erntejahr erforderlichen Düngers und Saatgutes sowie die anzupflanzenden Obstbäume. Endlich sind in den Preis einbegriffen die anteiligen Kosten für die Geländeerschließung, Wasserversorgung und Entwässerung. Für die Zukunft sollen und müssen nach Ansicht Dr. Saaßens neben den Mustersiedlungen auch freiwillige Siedlungsvorhaben durchgeführt werden, die ihre Entstehung der tatkräftigen Initiative privater gemeinnütziger Siedlungsorganisationen oder einzelner Siedler verdanken. Eine derartige Erweiterung ist aber nur möglich, wenn die nötigen Sicherungen gegen einen Rückfall in die Gefahr der wilden Siedlung getroffen werden.

Gegenüber dem Optimismus Dr. Saaßen, der aus obigen Ausführungen spricht, ist in der Presse schon vielfach an dem ganzen vorstädtischen Kleinsiedlungsvorhaben scharfe Kritik geübt worden. Der Gedanke, so heißt es in diesen Auslassungen, schien im ersten Augenblick faszinierend. In der Praxis erweise sich aber die Ansiedlung als ein sehr kostspieliges Unterfangen. Von dem so großzügig angelegten Millionenprojekt sei wenig übrig geblieben. In Berlin z. B. seien bei einer Erwerbslosenzahl von über 600 000 1523 Siedlerstellen zur Verfügung gestellt worden. In der Weise, in der bis jetzt der Gedanke der Erwerbslosensiedlung angefaßt werde, gehe es auf keinen Fall. Da müsse man mit ganz anderen und viel großzügigeren Mitteln eingreifen, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll. Es wird freilich nicht gesagt, woher hierzu die Mittel kommen sollen.

Entschädigungswesen.

Kurse der Reichsschuldbuchforderungen.

Nach Wiedereröffnung der Berliner Börse am 12. d. Mts. haben die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen eine verhältnismäßig günstige Entwicklung genommen. Durch die bevorstehende Wahl zum Preußischen Landtag trat jedoch in den letzten Tagen eine allgemeine Unsicherheit im Börsenverkehr ein, wovon auch die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen beeinflußt wurden; jedoch ist der Rückgang der Schuldbuchkurse im Vergleich zu dem der anderen Wertpapiere bisher gering gewesen.

Am 19. d. Mts. hörten wir folgende unverbindlichen Kurse:

	I ungefähr	II ungefähr		I ungefähr	II ungefähr
1933	90½%	—	1940	52½%	—
1934	74 %	—	1941	51½%	—
1935	70½%	67%	1942	50 %	—
1936	66 %	62%	1943	49 %	—
1937	60 %	—	1944	48½%	—
1938	56 %	—	1945—48	48 %	—
1939	53 %	49%	Wiederaufbauzuschläge		14%

Bundesnachrichten.

Wer nimmt Ferienkinder aus der alten Heimat auf?

In den letzten Jahren ist es trotz der Not der Zeit möglich gewesen, eine große Anzahl von deutschen Kindern aus den abgetretenen Teilen der Provinzen Posen, Westpreußen, Ober- und Niederschlesien in Deutschland unterzubringen. Die Freude solcher Kinder, die in der alten Heimat zum Teil in polnische Schulen gehen müssen, weil die deutschen von den Polen beseitigt worden sind, die in polnischer Umgebung leben, mehr polnisch als deutsch hören und an deren Ohren in der Öffentlichkeit kaum ein deutsches Lied klingt, über einen solchen Ferienaufenthalt in Deutschland ist kaum zu beschreiben. Man muß einen solchen Ferienzug einmal selbst mitempfangen oder mitverabschiedet haben, oder man muß das fast überwältigende Glück solcher Kinder, die in einem solchen Ferienheim oder in einer deutschen Familie in Deutschland untergebracht waren, erlebt oder die von heißer Dankbarkeit erfüllten Briefe der Kinder oder ihrer Eltern, die sie nach der Rückkehr in die abgetretenen Gebiete an ihre Ferienheime oder ihre Ferien-Pflegeeltern in Deutschland richteten, zu Gesicht bekommen haben, um zu wissen, wieviel menschliches Glück durch die Ermöglichung eines solchen Ferienbesuchs von Kindern aus den an Polen gefallenen Gebieten in Deutschland gestiftet, welche unvergeßliche Erhebung für die Kinderherzen ein solches Erlebnis bedeutet und von wie großer volkspolitischer Bedeutung darum die Ermöglichung solcher Ferienbesuche in möglichst großer Anzahl ist.

Der Deutsche Ostbund und seine Frauenorganisationen haben sich in den letzten Jahren an diesem Werke deutschtumsfreundlicher Fürsorge eifrig beteiligt und dafür bei den Kindern von drüben, die sie betreuen konnten, und ihren Eltern viel Dank geerntet. Nun ist die Not auch bei uns von Jahr zu Jahr größer, die Fortführung dieses Werkes darum schwieriger geworden, aber drüben ist die Not noch viel größer und drüben drückt die wirtschaftliche Not noch viel schlimmer, weil zu ihr noch die seelischen und völkischen Nöte kommen. Kleine liebe Kinderhände schreiben jetzt fast täglich, ob sie auch dieses Jahr wieder würden nach Deutschland kommen

Reichstreffen der Jungscharen des Deutschen Ostbnndes.

Die Meldungen für das in den Pfingsttagen in Gernrode am Harz stattfindende Reichstreffen der Jungscharen des Deutschen Ostbundes über das in unserer Beilage „Der junge Ostmärker“ und im Rundschreiben an die Jungscharen näheres bereits seit langem mitgeteilt worden ist, laufen erfreulicher Weise aus allen Teilen des Reiches in großer Anzahl ein, so daß nahezu alle Jungscharen des Deutschen Ostbundes auf diesem Reichstreffen vertreten sein werden und somit eine große Beteiligung gesichert ist, zumal eine Anzahl von mitteldeutschen Jungscharen vollzählig erscheinen wird.

Wir bitten unsere Jungscharen, die ihre Beteiligung noch nicht angemeldet haben, dies schleunigst zu tun, damit später keine Schwierigkeiten hinsichtlich der Unterbringung usw. entstehen.

Darüber hinaus bitten wir, die ostdeutsche Jugend im Reich und zwar nicht nur die Söhne und Töchter Verdrängter, sondern auch andere Ostmärker, die sich noch keiner Ostbund-Jungschar angeschlossen haben, sich schleunigst als *Einzelteilnehmer* bei der Reichsjugendstelle des Deutschen Ostbundes, Berlin W 30, Motzstr. 22, zu melden. Sie erhalten dann von dieser Stelle nähere Mitteilungen, insbesondere auch über die *Fahrgelegenheiten* der Jungscharen aus der betreffenden Gegend für die Teilnahme an diesem Jugendtreffen; und es wird sich vielleicht auch ermöglichen lassen, ihnen die *Fahrpreisermäßigung*, die die Jungscharen erhalten, zugutekommen zu lassen.

Vertreter von Landesverbänden und Ortsgruppen, wie auch Einzelmitglieder des Deutschen Ostbundes sind auf diesem Jugendtreffen natürlich herzlich willkommen. Anmeldungen von solchen werden ebenfalls mit tunlichster Beschleunigung erbeten.

Sehr zu begrüßen wäre es, wenn Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes, die noch keine Jungscharen besitzen, es einzelnen Jungen und Mädeln ermöglichen würden, an der Tagung teilzunehmen.

Haben schon die bisherigen Schulungswochen und Landestreffen der Jungscharen des Deutschen Ostbundes für alle Teilnehmenden ein unvergeßliches Erlebnis bedeutet, so steht zu hoffen, daß dieses Reichstreffen der Ostbund-Jungscharen mit seiner großen Mannigfaltigkeit an Veranstaltungen, von denen die *Feier am Grabe des Markgrafen Gero*, der zu den großen geschichtlichen Ostkolonisatoren gehört, und eine *große öffentliche Kundgebung für die Ostmark* hervorgehoben seien, den ostmärkischen Geist in unserer Jugend zur hellen Flamme entfachen, das Verständnis für die alte Heimat sowie die Liebe und Treue zu ihr lebendig machen und vertiefen wird. Dieses erste Reichstreffen der Ostbundjungscharen muß sich zu einer bedeutsamen *ostmärkischen Volkskundgebung* gestalten! Darum gilt für alle, die dazu in der Lage sind, zu Pfingsten die Parole:

„Auf, nach Gernrode!“

---

können oder ob sie vielleicht gar ein kleines Brüderchen oder Schwesterchen, das inzwischen herangewachsen ist und auch gern einmal in das große deutsche Vaterland, dem sie drüben kein Preislied singen dürfen, begleiten könnten, oder ob sie wohl gar einen Spielgenossen aus einer bekannten Familie mitbringen dürfen; und die Eltern schreiben, wie sehr jetzt Schmalhans Küchenmeister bei ihnen und ihren Bekannten ist, wie Krankheiten drohen oder wegen ungenügender Ernährung halb überstandene Krankheiten schlimme gesundheitliche Folgen zu zeitigen drohen, wie unmöglich es ist, den Kindern Gesundheit, Freude, Glück und Sonnenschein durch einen Ferienaufenthalt aus eigenen Mitteln zu beschaffen und sie aus ungesunden Stadtwohnungen wenigstens einmal für ein paar Wochen in die frische Luft und in Gottes schöne Welt zu bringen. Wer wollte sich solchem Hilferuf aus unserer alten Heimat, aus unserem lieben Mutter- und Kinderland verschließen; wer wollte nicht helfen, auch wenn es ihnen selber nicht gut geht.

Das „Haus Ostland“ in Vetschau hat der Deutsche Ostbund unter dem Druck der Not aufgeben müssen. Wenn irgend möglich, will er versuchen, ein solches „Haus Ostland“, das so viel Kindern und Erwachsenen Ferienfreuden und Sommersonnenglück gebracht hat, wieder zu eröffnen. Geht's nicht, so müssen andere Unterbringungsmöglichkeiten in Ferienheimen und Familien beschafft werden. Wer hilft mit? Wer hat ein Herz für diese Kinder? Wer kann und will ein Opfer bringen dafür? Wer ist bereit, ein oder mehrere Kinder während der Ferien in seiner Familie aufzunehmen? Den bitten wir herzlichst, sich bei uns zu melden. Wir senden ihm dann einen Fragebogen zu, in dem er mitteilen kann, ob er einen oder mehrere Kinder, Mädels oder Jungens, aufnehmen will, welches Alter, Bekenntnis usw. bevorzugt wird. Liebevolle Betreuung solcher Kinder in einer deutschen Familie ist noch immer die erwünschteste Abwechselung für gesunde Ferienkinder und hat schon oft zu Kinderfreundschaften geführt, die fürs Leben dauern. Niemand braucht Sorge zu haben, daß ihm etwa über die Verpflegung der Kinder hinaus Unkosten und Ungelegenheiten entstehen. Jedes Kind wird vorher ärztlich untersucht, so daß also die Verschleppung von Krankheiten nicht zu befürchten ist. Die Kosten für die Erneuerung und Instandhaltung von Kleidern und Schuhwerk übernehmen wir oder die menschenfreundliche Vereinigung „Landaufenthalt für Stadtkinder“ oder andere Wohltäter. Wir richten ganz besonders an unsere lieben Frauen und Mütter die Bitte, uns doch in recht großem Umfange zu helfen, damit unsere drüben gebliebenen Brüder und Schwestern und ihre Kinder sehen, wie sehr ihr Schicksal und ihr Wohlergehen uns am Herzen liegen, daß man sie wirklich als Brüder und Schwestern betrachtet und behandelt.

Kinder aber, die zur Heilung von Krankheiten oder zur Stärkung ihrer Gesundheit eine Kur durchmachen müssen, müssen natürlich in ein Bad oder ein Ferienheim und können nicht in Familien untergebracht werden. Wer hilft ihnen? Wir sind von ganzem Herzen dankbar für jede *Geldspende*, auch für jedes kleine Scherflein, denn viele Wenig machen ein Viel! Jeder Pfennig kommt ohne jeden Abzug solchen Ferienkindern zugute. Auch für geeignete *Bücher und Spielsachen* für diese Ferienkinder sind wir von Herzen dankbar. Alle Ortsgruppen und alle Mitglieder, besonders aber die Frauen und unsere Frauendienstgruppen, wie auch unsere Jugendgruppen, Mädels und Jungens, bitten wir von ganzem Herzen, sich der Unterstützung dieses deutschen Liebeswerkes für Kinder aus unserer alten Heimat recht angelegen sein zu lassen und in recht warmer und umfangreicher Weise zu helfen, damit möglichst vielen deutschen Kindern von drüben zu einer Ferienfreude im alten Vaterland und damit zu Glück und Gesundheit verholfen wird.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Frauendienst Landesverband Berlin-Brandenburg. Feier des *Muttertages* am Sonnabend, 7. Mai, nachm. 5 Uhr, im Vereinslokal der Ortsgruppe Berlin-Ost in Berlin, Köpenicker Str. 174 „Köpenicker Hof“.

Ortsgruppe Berlin-Ost. Monatsversammlung am Freitag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Köpenicker Hof“, in Berlin, Köpenicker Str. 174.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die **Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf** hat am *Donnerstag, den 14. April*, ihre Monatsversammlung im Vereinslokal bei Herrn Sadau, Berlin-Reinickendorf-Ost, Residenzstr. 124, abgehalten. Die Versammlung war gut besucht. Nach Genehmigung des vorigen Protokolls erfolgte die Aufnahme eines *neuen Mitgliedes*. Dann machte der Vorstand verschiedene Mitteilungen, besonders über die neuen Anträge zwecks Belebung der Entschädigung und die Verwertung der Schuldbuchforderungen. Hierauf wurde beschlossen, am *Sonntag, den 5. Juni*, einen gemeinsamen Ausflug nach Schulzendorf, Restaurant „Lindenhof“, zu veranstalten; Treffpunkt der Teilnehmer dort ab 2 Uhr nachmittags. (Preiskegeln). Eingeführte Gäste sind willkommen. Nunmehr folgte ein Vortrag über „Die Schulverhältnisse vor und nach der Besetzung des ehemals preußischen Gebiets durch die Polen“. Vom Frauendienst wurde auf den Muttertag hingewiesen, welcher am *Sonnabend, den 7. Mai, nachm. 5 Uhr*, im Vereinslokal der Ortsgruppe Berlin-Ost, Berlin, Köpenicker Straße 174, „Köpenicker Hof“, begangen wird; es ist hierzu ein Betrag ausgeworfen zur Ehrung einzelner Frauen. Die nächste Versammlung findet am *Donnerstag, den 12. Mai*, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Sadau statt.

Landesverband Ostmark.

Die **Ortsgruppe Landsberg (Warthe)**, (Verein heimattreuer Posener, Ost- und Westpreußen), hielt im „Eldorado“ ihre Aprilversammlung ab. Nach Begrüßung der Anwesenden durch den 1. Vorsitzenden, Direktor *Tettenborn*, sprach Mittelschullehrer *Neumann* über: „Eine Reise durch Ostpreußen und Polen.“ Redner führte einleitend aus: In Ostpreußen, vor allem aber in dem uns entrissenen Teilen des deutschen Ostens leben Brüder in Not! Wenn jemand aus dem Reiche zu ihnen kommt und ihnen von der ideellen und materiellen Teilnahme des deutschen Volkes an ihrem Schicksal spricht, so gibt dieser ihnen Kraft und Zuversicht. Redner zeigte in vielen schönen und klaren Lichtbildern Landschaften und Städte in dem abgeschnürten Ostpreußen, im entrissenen Pommerellen und Posen in bunter, wechselvoller Reihe. Man sah u. a., unterstützt durch wohlgelungene Kartenskizzen, die alte deutsche Kultur Ostpreußens in Stadt und Land, die herrlichen Landschaften dort, vor allem im Gebiet der großen Wälder und Seen, sowie an der meerumrauschten Ostseeküste.. Man wurde dann geführt durch das alte, liebe Posener Land und durch die reichen Gegenden an der Weichsel. Einen breiten Raum nahmen die Vorführungen von Bildern aus Thorn und Graudenz ein, zu denen der erste Vorsitzende und Frl. *Groß* erläuternde Worte sprachen. Herr Neumann schloß seine alle Anwesenden fesselnden Ausführungen mit dem Wahlspruch des D. O. Reicher Beifall dankte ihm. Der erste Vorsitzende berichtete über den kürzlich veranstalteten „Bunten Abend“ und erinnerte daran, daß Vorstands-

mitglied Kaufmann Paul Meyer jüngst sein 50jähriges Geschäftsjubiläum habe begehen können. Weiter hörte man, daß am 26. April abends im „Eldorado“ eine gemeinsame Tagung mit dem Deutschen Sprachverein, vielleicht auch mit dem VDA. abzuhalten beabsichtigt sei. Ein Vortrag soll gehalten werden über „Volkstum im Spiegel der Mundarten“, auch wird die Schülerkapelle spielen und ein Einakter aufgeführt werden. Ferner teilte der erste Vorsitzende mit, daß der Verein für das Deutschtum im Auslande in der Pfingstzeit eine große Kundgebung in Elbing veranstaltete, zu der die Ortsgruppen des Deutschen Ostbunds aufgefordert seien. Insbesondere soll während dieser Tagung die ganz unhaltbare Weichsel-Korridor-Frage zur Erörterung stehen. In Gernrode a. H. hält die Jugend im Deutschen Ostbund zu gleicher Zeit eine Tagung ab, die ganz besondere Beachtung in Anspruch nimmt. Schließlich sprach noch Frau Dir. Tettenborn über die neu gebildete Jugendgruppe des Landsberger Vereins.

Landesverband Niederschlesien.

Die Ortsgruppe Liegnitz hielt am 12. April in der Braukommune ihre Monatsversammlung ab, die zugleich auch Jahreshauptversammlung war. Der 2. Vorsitzende, Herr Migge, begrüßte die Erschienenen. Herr Gewerbeoberlehrer Lissel erläuterte in einem Vortrage eingehend die Vorgänge der Revolution am 9. November 1918 und wies die oftmals aufgestellte Behauptung, daß Angehörige der Marine die alleinigen Urheber der Revolution gewesen seien, mit großer Entschiedenheit zurück. Seine sachgemäßen Ausführungen über die Marine und deren hervorragende Leistungen und Heldentaten während des Weltkrieges erweckten großes Interesse und wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Herr Migge dankte dem Redner für seine interessanten und fesselnden Ausführungen. Der 1. Vorsitzende, Herr Studienrat Schwalm, machte verschiedene geschäftliche Mitteilungen, erwähnte die Aufnahme drei neuer Mitglieder und gab die Kurse der Schuldbuchforderungen usw. bekannt. Herr Friedrich verlas die Aufwertung der Sparguthaben in Polen, soweit diese bekanntgeworden sind. Hierauf wurde beschlossen, am Himmelfahrtstage (5. Mai) einen gemeinsamen Ausflug nach den Schießständen zu unternehmen. Abmarsch für Fußgänger 7 Uhr früh von der Kaiser-Friedrich-Brücke. Fahrgelegenheit vom Friedrichsplatz oder Breslauer Platz von 8 Uhr früh ab, Fahrpreis 15 Pf. Am 10. Mai findet an Stelle der Monatsversammlung eine gemeinsame Zusammenkunft mit den Gruppen der Arbeitsgemeinschaft im Schützenhause statt. Außer Vorträgen und Gesang wird ein Theaterstück von der Jungschar des Ostbundes aufgeführt werden. Tanz und Eintrittsgeld wird möglichst niedrig bemessen werden. Zahlreiche Beteiligung dringend erwünscht. Am 19. Mai hält die Frauengruppe ihren monatlichen Kaffeenachmittag, zugleich Gründungstag, in der Braukommune ab. — In der Jahreshauptversammlung gab der Vorsitzende einen kurzen Überblick über die Veranstaltungen im letzten Jahre und über die Vereinstätigkeit. Herr Friedrich erstattete den Kassenbericht und legte einen Voranschlag für 1932 vor. Nach dem Bericht und Antrag des Kassenprüfers Herrn Graewe wurde dem Schatzmeister und dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. Es erfolgte hierauf die Vorstandswahl. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Herr Studienrat Schwalm, 1. Vors., Herr Schlossermeister Klein, Beisitzer, und Frau Graewe, Beisitzer, wurden einstimmig wiedergewählt. In den Zwischenpausen erfreuten Mitglieder der Jungschar die Zuhörer durch Vorträge auf Zupfgeigen usw. Schließlich fand noch eine vertrauliche Aussprache statt.

Landesverband Hessen-Nassau.

Ortsgruppe Kassel. In die Tage des Zusammenbruches und der polnischen Aufstände versetzte am 11. April das Schauspiel von Hans-Christoph Kaergel, „Volk ohne Heimat“, das das Wehlheider Hoftheater im Rahmen einer Kundgebung der „Arbeitsgemeinschaft Ostmark“ im blauen Saal der Stadthalle aufführte. In diesem Schauspiel zeigt sich Kaergel als ein Dichter von stärkster Gestaltungskraft. Er führt in seinem Schauspiel zurück in die Zeit der Insurgentenkämpfe, die in Oberschlesien wüteten, er zeigt die ungeheuere Tragik unzähliger Deutscher, die fest mit ihrer Scholle verwachsen waren, die sich nicht von ihrer Heimat lösen wollten und doch mußten, um nicht zu Verrätern zu werden. Ein Volk ohne Heimat, ein Volk in Not, aber in der höchsten Stunde der Gefahr ein Volk, das gemeinsam sich den Übergriffen der Polen entgegenstellte und gemeinsam auch die Leiden trug. Oberspielleiter Willy Schmidt hatte sich des Stückes mit viel Liebe angenommen. Er hat es verstanden, das durch teilweise recht lange, aber notwendige Dialoge an sich schwere Stück aufzulockern und Lebendigkeit hineinzubringen, ohne aber die Tragik, die in jeder Szene liegt, zu verletzen. Auch in der Behandlung der kleinsten Feinheiten zeigte sich Willy Schmidt als Meister. Die beste Leistung gab zweifellos Walter Daume als Hüttenarbeiter Adamschek. Adamschek, noch vollständig befangen von dem großen Erlebnis des Weltkrieges, der den Frieden will, der in Ruhe seiner Arbeit nachgehen will, steht dem Neuen verständnislos gegenüber, begeht Verrat, findet aber nach schweren inneren Kämpfen zurück und erkennt, wo sein wahres Vaterland ist. Seine Frau Marie spielte Mimi Menges. Auch eine sehr gute Leistung. Rudi Wolff spielte den Aufseher einer Hütte, Zcipanek, mit gutem Einfühlungsvermögen. Sein Spiel ist um so höher zu werten, als die Gestalt des Zcipanek von dem Dichter leider etwas schwach gezeichnet ist. Es seien ferner erwähnt Louise Roß als Anna, Hermann Helbig als Kesselheizer Böhm, Paul Mäder und Willi Theile als Flüchtlinge Timpert und Klossek, und Heinz Manns als Bogulla, Führer der Insurgenten. Den anderen Mitwirkenden ein Gesamtlob. Für die Bühnenbilder zeichnete Georg Schmidt verantwortlich. Pfarrer Pelz begrüßte einleitend die Erschienenen. Er sprach kurz über die Not der Ostmärker. Er betonte dabei, daß trotz aller Leiden die Ostmärker ausgehalten haben und auch weiter ihrem Vaterlande treu bleiben.

Landesverband Mecklenburg.

Der **Landesverband Mecklenburg** hielt am 3. April 1932 in Schwerin seine diesjährige Hauptversammlung im Kasino-Restaurant ab. Der Vorsitzende, Finanzoberinspektor Nalewaya, Schwerin, erstattete den Geschäfts- und den Jahresbericht. Die vornehmste Aufgabe des Landesverbandes müsse darin bestehen, die Beziehungen zu den uns geraubten Ostgebieten zu pflegen. In diesem Streben müßten nicht nur alle ehemaligen Ostmärker einmütig zusammenstehen. Es müsse darüber hinaus Pflicht des Ostbundes sein, alle Volksgenossen ohne Unterschied der Partei, des Standes und des Landesteils für den Ostmarkengedanken zu gewinnen. Jeder Deutsche müsse sich die Tatsache vor Augen halten, daß nur im Osten die Zukunft unseres deutschen Volkes und Vaterlandes liege. Dort seien durch Versailles unhaltbare Zustände geschaffen worden, die beständig aufzudecken Pflicht des Deutschen Ostbundes sei. Es darf nicht sein, daß die durch jahrhundertlange Arbeit des gesamten deutschen Volkes der Kultur erschlossenen Ostlande uns für immer verloren bleiben. Die Kornkammern Posen und Westpreußen, das industriereiche Ostoberschlesien und die uns geraubten Gebiete von der Ostsee bis zu den Sudeten hin müssen wieder zum deutschen Vaterlande zurückkommen. Die kulturellen Fragen sollen künftig im Landesverbande Mecklenburg mit besonderer Hingabe gepflegt werden. Es ist darum die Berufung eines Kultur- und Jugendpflegers für den Landesverband in Aussicht genommen worden. Auf wirtschaftlichem Gebiete ist vom Landesverbande reiche und erfreulicherweise vielfach auch erfolgreiche Arbeit geleistet worden. Dahin rechnen die Bemühungen in der Entschädigungsfrage und in der Fürsorge für die Verdrängten. Die gestellten Dringlichkeitsanträge auf Entschädigung der Emigrantensteuer hatten restlos Erfolg. Die gesamte Neuaufrollung der Entschädigungsfrage durch die Bundesleitung wird vom Landesverbande kräftig unterstützt werden. Für die Siedler in Mecklenburg konnten nennenswerte Erfolge errungen werden. In zahlreichen Fällen wurden Einrichtungskredite erwirkt, um die Siedler überhaupt erst wirtschaftlich lebensfähig zu machen und sie andererseits vor Ausbeutung zu schützen. Dem Mecklenburger Verbande gehören mehrere hundert Siedler an, darunter auch eine Anzahl Nichtostmärker. Grundsätzlich müßten alle Siedler in Mecklenburg ohne Ausnahme dem Landesverbande des Deutschen Ostbundes angehören. Nirgends finden sie so zuverlässigen Rat und so erfolgreiche Förderung und Unterstützung. Es folgten Mitteilungen über die Mithilfe des Landesverbandes bei der Durchführung der Osthilfe und über die Beleihung der Reichsschuldforderungen sowie über die Erledigung der Einbürgerungsanträge und die schwierige Zusammenarbeit mit dem Deutschen Generalkonsulat in Posen. Alle Arbeit für den deutschen Osten müsse unter dem Wahlspruch stehen: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein.“ In einer sehr ausführlichen Aussprache, die sich bis gegen Abend ausdehnte, wurde zu den genannten Einzelfragen Stellung genommen. Freudig wurde die Berufung eines Kultur- und Jugendpflegers für den Landesverband Mecklenburg begrüßt. Einstimmig wurde dazu Schulrat Otto in Lübtheen gewählt. Ein besonderer Landesverbandstag in Lübtheen wurde für September 1932 festgesetzt.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Abg. Geheimrat Weißermel 70 Jahre alt.

Am 16. April vollendete Geheimer Regierungsrat Franz Weißermel in Berlin, Geisbergstr. 23, stellvertretender Vorsitzender der deutschnationalen Fraktion des preußischen Landtages, sein 70. Lebensjahr. In Westpreußen geboren, leistete Weißermel als Regierungsrat dem Staat gute Dienste beim Erwerb von Ödländereien für den Forstfiskus und bei Rentengutsgründungen in den östlichen Grenzbezirken, wofür er schon 1905 mit dem Roten Adlerorden ausgezeichnet wurde. Seit 1915 Geheimer Regierungsrat, wurde er am 1. April 1919 an die Generalkommission, später Landeskulturamt Frankfurt (Oder), versetzt und bei dieser am 18. März 1924 zum Oberregierungs- und Landeskulturrat ernannt. Am 3. Februar 1927 zum Oberlandeskulturrat befördert, war er in dieser bedeutsamen Stellung der höchsten richterlichen Instanz für Landeskultursachen noch ein halbes Jahr tätig bis zu seinem am 1. Oktober 1927 infolge Erreichung der Altersgrenze erfolgten Eintritt in den Ruhestand. Als Reserveoffizier trat er im August 1914 in den Kriegsdienst, den er erst bei Beendigung des Krieges als Major verließ. Schon früh betätigte sich W. als Parlamentarier. Im Jahre 1908 wurde er zum erstenmal in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt, dem er ununterbrochen bis zum Umsturz

als Mitglied der Konservativen Fraktion angehörte. Er war dann auch Mitglied der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung und aller preußischen Landtage der Nachkriegszeit.

Professor Julius Wolf 70 Jahre alt.

Am 20. April feierte der bekannte Nationalökonom Julius Wolf, Dozent an der Technischen Hochschule in Berlin (früher an der Universität Breslau) seinen 70. Geburtstag. Durch zahlreiche Schriften hat er bewiesen, mit wie starkem Interesse und wie führend er sich an der Wirtschaftsentwicklung beteiligt und wie sehr ihm die ost- und mitteleuropäischen Probleme am Herzen lagen.

Der Nachfolger von Professor Wilhelm Dibelius.

Als Ordinarius für englische Philologie an der Universität Berlin ist Prof. Schirmer aus Tübingen ernannt und dieser Tage von Prof. Brondl eingeführt worden. Professor Schirmer erklärt, nicht die ausgetretenen Gleise wandeln zu wollen, also ganz im Sinne seines Vorgängers Dibelius, der bekanntlich früher an der Akademie in Posen wirkte und dem wir seinerzeit im „Ostland“ einen längeren Nachruf gewidmet haben, zu handeln. Gerade die angelsächsische Welt stelle einen besonderen Typus in der germanischen Literatur dar. Es werde seine Aufgabe sein, mit den Berliner Studenten neue Wege für eine gediegene Philologie zu finden.

*

Versetzt: Studiendirektor Schwarzkopf vom Gymnasium in Nordhausen ist zum Leiter des Cottbuser Gymnasiums ernannt worden.

Examen. Referendar Erwin Seegall, Sohn des Mühlenbesitzers Siegfried Seegall, früher in Wongrowitz, jetzt in Greifenhagen an der Oder, hat vor dem juristischen Landesprüfungsamte Berlin die große Staatsprüfung bestanden und ist zum Gerichtsassessor im Bezirke des Oberlandesgerichts Stettin ernannt. — Ihre Prüfung als Kindergärtnerin im Fröbel-Seminar Kassel hat Fräulein Ursel Pietz, Tochter des Regierungs-Kassengehilfen Bruno Pietz, Kassel, Schönfelder Str. 65, II, früher Posen, bestanden.

Geboren: Ein Sohn: Herrn Studienrat Laskowsky, Glatz, Vorsitzenden der dortigen Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes.

Goldene Hochzeit. Michael Kirschke und Ehefrau Berta, am 25. April (Mitglied der Ortsgruppe Dortmund I, früher Tarpen, Kr. Graudenz); Reichsbahn-Maschinenaufseher i. R. Karl Piotrowski (80 Jahre alt) und seine Ehefrau Hedwig, geb. Krause (68 Jahre alt), in Groß-Steinheim, bei Hanau a. M., früher in Bromberg, Prinzenthal-Schwedenhöhe. (Am gleichen Tage feiert sein ältester Sohn Franz Silberhochzeit.)

Bejahrte Ostmärker. Fräulein Adelheid Cludius in Königsberg in Preußen, Turnerstraße 4b (früher in Bromberg, Elisabethstr. 48), Tochter des Superintendenten Cludius, am 5. April, 78 Jahre. — Frau verw. Lehrer Lina Dinerowitz in Kleinpolkwitz, Sprottau-Land, früher Rawitsch, am 18. April, 80 Jahre alt.

Gestorben: Zimmerpolier Heinrich Rösler in Sagan, fr. Lissa, 37 Jahre, am 9. 4. 32 infolge Unglücksfalls; der frühere Domänenpächter Leonhard Koerth, fr. in Naclaw, Kreis Kosten, 72 Jahre; Steuerinspektor Wilhelm Schulz in Berlin W 57, Potsdamer Straße 74, früher Ansiedlungskommission Posen, am 15. 4., 46 Jahre; Oberpostschaffner i. R. Julius Schroeder in Coswig (Bez. Dresden), fr. Znin i. Posen, am 16. 4., 60 Jahre alt; verw. Frau Kantor und Lehrer Auguste Labitzky, geb. Nulniewicz, fr. in Zirke, Kreis Birnbaum, dann bei ihrem Schwiegersohn, dem technischen Reichsbahnoberinspektor Leopold Frank in Oppeln, Ring 16, am 8. 4., 78 Jahre; Tierarzt Alfred Baum in Buk bei Posen am 11. 4., 56 Jahre (an den Folgen einer Infektion bei Ausübung seines Berufes); Gutsbesitzer Albert Steinke in Pudewitz, am 11. 4., 74 Jahre; Frau Emma Kiefer, geb. Teßmann, in Glowiniec bei Posen, am 13. 4., 66 Jahre; Krankenkassen-Abteilungsvorsteher Rudolf Rombke, Mitglied des Gemeindekirchenrats der ev. St.-Petri-Kirche in Posen, am 12. 4.

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus Ostpreußen.

Marienburg. Die Marienburg-Freilicht-Festspiele sind zu einem Symbol unverwüstlichen deutschen Lebens- und Kulturwillens im korridorgetrennten Ostpreußen geworden. Es verdient Anerkennung und Förderung, daß sie auch in diesem schweren Jahre veranstaltet werden. Aus wirtschaftlichen Gründen wird das vor fast 20 000 begeisterten Zuschauern gegebene Ordensfestspiel „Bartholomäus Blume“ von Hammer unter der Regie des Intendanten der Zoppoter Waldoper, Herm. Merz, mit 300 Mitwirkenden, darunter 27 Berufsschauspielern und einem Gast im Range eines Paul Wegner, Eugen Klöpfer, Ernst Krauß oder Hans Mühlhofer wiederholt. Dazu die unnachahmlichen Naturkulissen der Marienburg und des mittelalterlich reizvollen Stadtbildes von Marienburg sichern erneut große Wirkungen. Man rechnet allein mit 5000 bis 6000 Besuchern der Osttagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland.

Grenzmark Posen-Westpreußen, mittlere Ostmark und Pommern.

Frankfurt (Oder). Die märkischen Gustav-Adolf-Vereine halten ihre Jahresversammlung in Frankfurt (Oder) vom 18. bis 20. Juni ab. Den Hauptgottesdienst in der Marienkirche hat Generalsuperintendent D. Blau aus Posen zu halten zugesagt.

Neu-Bentschen. Als eines der letzten Bahngleise, die von der Grenzziehung durchschnitten wurden, wird jetzt das zwischen der Blockstelle Posemuckel und der Landesgrenze bei Neudorf abgebrochen. Es handelt sich dabei um das diesseitige Teilstück der Strecke Guben—Bomst—Bentschen hinter der Abzweigung nach Neu-Bentschen, in einer Länge von 5000 Metern. Die Strecke war bisher betriebsfähig erhalten worden, weil sie dem Rittergut Schloß Neudorf die Unterhaltung einer Ladestelle ermöglichte.

Schwerin (Warthe). In dem Grenzdorfe Striche, das früher zur Parochie Birnbaum gehörte, ist in Gegenwart des Generalsuperintendenten D. Hegner (Schneidemühl) feierlich der Grundstein für ein neues evangelisches Gotteshaus gelegt worden.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Czarnikau. Den evangelischen Gemeinden in der Umgebung von Czarnikau hat man die Abhaltung von Kindergottesdiensten verboten mit der Begründung, daß dies Unterricht sei, zu dem erst die Erlaubnis des Schulkuratoriums eingeholt werden müßte.

Krotoschin. Bei Sieradz wurde ein Landwirt auf der Landstraße ermordet und beraubt. Der Bauer Felix Sas aus Grabina nahm auf die Bitten eines Wanderers diesen auf seinem Fuhrwerk mit. Unterwegs zog der Fremde ein Messer und versetzte dem Bauern hinterrücks fünf Messerstiche, die ihn töteten. Dann beraubte er ihn und entfloh.

Punitz. Das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit feierte am 18. April der frühere Landwirt Gottfried Schwarz in Waszkowo mit seiner Ehefrau Ernestine, geb. Jakob. Der Jubilar steht im 86. Lebensjahr und ist Veteran von 1870-71. Seine Ehefrau steht im 83. Lebensjahre.

Zabikowo. Am 17. 4. hielt Herr Pastor Schatz seine Abschiedspredigt, da er nach einer Tätigkeit von 26 Jahren die Gemeinde verläßt. Mit stark zu Herzen gehenden Worten richtete der scheidende Seelsorger an die Gemeinde seine Abschiedsworte. Aus kleinsten Anfängen wuchs die Gemeinde heran, sie blühte empor, um dann nach dem Kriege wieder zusammenzusinken zu der heutigen kleinen Seelenzahl. Fast noch ein Jahrzehnt hat Pastor Schatz die zusammengeschrumpfte Gemeinde geleitet und innerlich gefestigt, damit sie auch die schweren kommenden Zeiten überdauern kann. Der Kirchenälteste wies in der Ansprache darauf hin, daß Pastor Schatz in der Gemeinde unvergessen bleiben werde. Von dem kleinen Kreis von 1850 Seelen stehen alle treu und fest zu dem Glauben der Väter und zu ihrem Volkstum. Dem scheidenden geistlichen Herrn überreichte die Gemeinde als Zeichen der Dankbarkeit für die 26jährige Tätigkeit ein Geschenk.

Aus Westpreußen.

Thorn. Die Stadt Thorn sieht sich aus Mangel an Mitteln gezwungen, das Thorner Stadttheater sofort zu schließen. Sämtliche Subventionen für das Stadttheater sind gestrichen worden.

Ein praktisches Kampfbuch.

„Die Krankheit Europas“.

Dr. Bitter und Dr. Zelle: „Die Krankheit Europas“. Handbuch für die deutsche Freiheitspolitik. Zwei in der Geschädigtenbewegung führend tätige Herren haben unter dem Titel „Die Krankheit Europas“ ein Handbuch geschaffen, das in die Hände jedes politisch interessierten Deutschen gehört. Ungemein klar und übersichtlich behandelt es die wichtigsten Punkte, an denen der Versailler Friede abgebaut und geändert werden muß: Reparationen, Wehrmacht, Ostgrenzen, Anschluß, Kolonien, Behandlung des deutschen Privateigentums. Gleichzeitig wird gezeigt, wie sich unter dem Druck von Versailles die deutsche Lage zugespitzt hat; man erfährt das Wesentlichste über Arbeitslosigkeit, Kapitalzins, Auslandskredite, Proletarisierung des Mittelstandes usw. Besonders bemerkenswert ist das Korridor-Kapitel, aus dem wir kürzlich einige Abschnitte unter der Überschrift „Der Korridor, Europas offene Wunde“ abgedruckt haben. Es sind darin z. B. folgende Fragen behandelt: Haben die Wilson-Punkte Polen den Korridor zugesprochen? Braucht Polen einen Landkorridor zum Meere? Der wirtschaftliche Wahnsinn im Weichselgebiet. Polnische Bevölkerung im Korridor? Gehört der Korridor Polen aus historischen Gründen? Lösung der Korridorfrage durch Verkehrserleichterungen? Polen, ein Bollwerk gegen den Bolschewismus? Vorteile Polens bei einer Grenzrevision? Auslandsstimmen zur Korridorfrage. Beachtung verdient auch, daß die Entschädigungsfrage an vielen Stellen gestreift und am Schluß in einem besonderen Kapitel behandelt ist. Das Buch ist kein weltfremdes, langweiliges Elaborat, sondern aus der Praxis geschöpft und für den täglichen Gebrauch bestimmt. Wir empfehlen es allen unseren Lesern aufs wärmste. Bestellungen bitten wir durch uns zu machen, da wir hoffen, bei einer größeren Anzahl von Bestellungen eine erhebliche Ermäßigung des Ladenpreises erzielen und so das Buch einschließlich Postgebühr und Verpackung für 3 M liefern zu können.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Am 8. April, morgens 8[25] Uhr, entschlief sanft nach längerer Krankheit infolge Herzschlags meine geliebte Frau, Mutter und Großmutter

Pauline Fiedler

geb. Rüdiger,

im Alter von 64 Jahren.

Um stille Teilnahme bittet

Georg Fiedler

Gärtnerei.

Möser b. Magdeburg, früher **Thorn**, Mocker, Konduktstr. 52.

Vermählt

Albert Zugehör
Hanni Zugehör
geb. Röhr

Ofenbaugeschäft

Halle a. S., Röpzinger Str. 189, zuletzt Guben, früher Schmiegel, Provinz Posen.

Festzeitschriften jeder Art

Abschriften von Theaterstücken, Romanen, Zeugnissen, Vervielfältigungen etc.

schnell — sachgemäß — billigst.

B. Ehrlich, Berlin W 57, Elßholzstr. 11.
B 7 Pallas 3889 (früher Rogasen).

Der „Ostdeutsche Heimatkalender" als Verlosungsgewinn

Verschiedene Ortsgruppen haben zur Hebung des Absatzes unseres „Ostdeutschen Heimatkalenders" 1932 einen Weg gefunden, der allgemeine Nachahmung verdient: **die Verlosung.** Der Anreiz, Tombolalose zu kaufen, wird ganz gewiß erhöht werden, wenn sich unter den Gewinnen jeweils einige Exemplare des „Ostdeutschen Heimatkalenders" befinden, den die Presse als eine Kulturtat bezeichnet hat. Bestellungen sind zu richten an **Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W. 30, Motzstr. 22**

Junger Mann

27 J. alt, Gymnasialbildung, 8 Jahre als landw. Beamter tätig gewesen, Flüchtling aus Polen, sucht bei bescheidenen Ansprüchen Stellung, gleich, welcher Art. Auch in kaufmänn. Betriebe. Gef. Angeb. erb. der Vorsitzende des Ostbundes in Schneidemühl **Richard Triebwasser**, Schneidemühl, Bromberger Str. 6.

Ältere, **gesunde**, evang. Dame, in Haushalt, Küche u. Krankenpflege perfekt, sucht möglichst

Dauerstellung

bei einzelnem Herrn gegen 20 M. Taschengeld u. 7 M. Krankenk. Angebote unter **2484** an das Ostland erbeten.

Bäckergeselle

17 Jahre alt, der auch Landarbeit versteht, **sucht Stellung. P. Aurisch, Lübars,** p.: Schönhausen (Elbe-Land).

Materialwaren-Grundstück

mit Bierstube, in groß. Dorf in der Nm. gelegen, Umsatz sehr hoch, Laden, 3 Zim., Küche usw., 34 Morgen Land, davon 2 Morgen Obstgarten, sof. für 20000 M., bei 7000—8000 M. Anzahl., zu verkaufen. Off. an **J. Bratke, Schwedt/O.** erbeten.

Landwirtschaft

26 Mg., 7 Mg. Pachtld., Gebäude massiv, elektr. Licht und Kraft, leb. und tot. Inventar reichlich vorhanden, 22 J. in meiner Hand, Alters wegen sof. zu verkaufen oder auch gegen gute Fleischerei zu vertausch. Auskunft beim Besitzer

H. Wicke,
Herrnmotschelnitz,
Kreis Wohlau,
Reg.-Bezirk Breslau.

Landwirtschaft

54 Morg., guter Boden, guter, massiver Bauzustand, mit vollständigem Inventar, wegen Todesfalls **sofort zu verkaufen.** Näh. beim Gemeindevorsteher in **Liebichau,** Bunzlau-Land.

Anzulegen: 1. Hypotheken auf prima Miethäuser in bester Lage. 6% Zinsen, günst. Auszahl.-Bed.

Gesucht:

Kapital von RM. 10000—40000

für erststellige Hypotheken innerhalb 1—1½ facher Friedensmiete.

Hausverwaltungen gegen mäßige Vergütung. Beste Referenzen von Landsleuten.

v. Witthen-Jungnik, Berlin W 30, Motzstraße 19.
Tel. B 4, Bavaria 6508. Sprechzeit Montag, Mittwoch, Freitag von 3—5.

Fremdenheim

Ober-Schreiberhau im Riesengeb., beste sonnige Höhenl., 11 Zimm., Bad, Zentralheizg., Garten, bei 12000—15000 M. Anzahlung sehr preiswert zu verkaufen. **H. Mautwill,** Tischlermeister, Buchenweg am Bahnhof.

Optiker-Feinmechaniker

20 J., sucht **Stellung**

Gef. Angebote u. **2485** an das Ostland erbeten.

Wer kennt

den Vorort **Bleichfelde** bei Bromberg, insbes. die frühere Fleischerei **Pastwikowski,** Bleichfelde, Kurfürstenstr. 78 so, daß er darüber gegen Zeugenvergütung aussagen könnte? Gef. Nachricht unter **2486** an das Ostland erbeten.

Landgasthof

i. Dorf von 1500 Einw., **Gebäude gut, 200 J.** in der Familie, gute Einrichtung, Saalm. Bühne, Konzertgarten, 2 schöne Gastzimmer, dortselbst häufig gr. Holzauktion., sof. für 24000 M., bei 10000 M. Anzahlung, zu verkaufen. Off. an **J. Bratke, Schwedt/O.** erbeten.

Gr. Geschäftseckgrundstück

in gut. Vorstadtlage mit anschl. Baustelle sowie **das darin befindl. Kolonialwarengesch. m. Drogerie** wegen Krankheit preiswert zu verkaufen.

Geschw. Brannaschk, Kottbus, Gildenstr. 20

Ostmärkerin

25 J., solide, wünscht Bekanntschaft mit solid. besseren Herrn zwecks baldiger Heirat. Beamter oder Handwerker angenehm. Vermögen vorhanden. Offert. mit Bild unter 2477 an das Ostland erbeten.

Glänzende Existenzen!

	Anz. M
Feinkostgeschäft in der internationalen Kur- u. Bäderstadt Wiesbaden . . . . Preis	12 500
Villengrundstück i. weltbekanntem Ostseebad Mecklenburgs . .	15 000
Kur- und Pensionsgrundstück im Württembergisch. Schwarzwald	10 000
Zuckerwarenfabrik mit Ladengeschäft in bester Geschäftslage Rostocks	15 000
Villengrundstück in einem Kurort der „Holsteinischen Schweiz" .	10 000
11 Morgen große Geflügelfarm bei Leipzig	30 000
Bäckereigrundstück mit Kolonialwarenhandlung in Sommerfeld	6 000
Herrenkonfektionsgeschäft an der Peripherie der Stadt Dresden Preis	12 500
einschl. Inventar u. Warenlager	
Geschäfts- u. Restaurationsgrundstück mit 1½ Morgen großem Schießstand i. Haffbad Ueckermünde	8 000
Sägewerk in bester Geschäftslage Sommerfelds in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs	25 000
Geschäftshaus mit gutgehendem Bäckerei- u. Konditoreibetrieb (vollkonzessioniert) in lebhafter Stadt Mecklenburgs	17 000
Historische 2- bis 3-To.-Wassermühle in der Rheinpfalz (Nähe Ludwigshafen)	10 000
Restaurant und Speiselokal in Potsdam . . . . . Preis	14 000
Landwirtschaftliches Gehöft nahe d. Städten Leipzig u. Merseburg	10 000
Restaurationsgrundstück, eines der ältesten u. bekanntesten Lokale von Sondershausen, in zentraler Stadtlage	10 000
Verkäufliches, erstklassig eingeführtes Reklame- und Lichtbildnereigeschäft in Erfurt Preis einschl. Inventar	15 000
Landwirtschaftliches Grundstück i. Freistaat Sachsen, nahe Bautzen	6 000
Arzt-Villengrundstück in Göttingen, geeignet als Privatklinik, Sanatorium, Erholungsheim, Klubhaus, Repräsentationssitz, Privatpension u. dgl.	50 000
Hotel-Restaurant in bester Zentrumslage von Leipzig . . .	25 000
Sofort zu verpachtendes Restaurationsgrundstück mit Saal und Konzertgarten an der Spree (Vorortverkehr mit Berlin) Preisforderung	12 000
als Abstand für das Geschäft, jährl. Pacht M 4800,—.	

Bildprospekte kostenlos durch:

KOCH & Co., Berlin W 10

Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.

Letzter Abschluß auf Grund unserer Inserate an dieser Stelle: 1. April 1932

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Zimmerstraße 7/8.